Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatl. 115.— Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Redaktion Geschäftsst. 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. | Der Anzeigenpreis beträgt 6.—Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 10.—Mk. für Reklame, einschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 5 Mark | **Montag, den 18. September 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 218**

Einigung als „staatspolitische Notwendigkeit"

Vom SPD.-Parteitag in Augsburg

(Eigene Drahtmeldung.)

Augsburg, 18. September.

Gestern begann hier der Parteitag der SPD. Bemerkenswert ist, daß keine einzige rote Fahne den Saal schmückte. Zu sehen waren nur schwarzrotgoldene Fahnen. Auch das Festprogramm trug als einzigen Schmuck Schwarzrotgold. Die Einleitung redigierte Hermann Müller, der Unterzeichner des Versailler Friedensvertrages. Wenn ein Mann in Deutschland nicht berechtigt ist, über das Versailler Diktat zu schimpfen, so ist es Hermann Müller, und doch wetterte er gestern den Parolen der USPD. folgend gegen den „Gewaltfrieden der verblendeten Ententepolitiker". Nach den üblichen Schimpfreden gegen die deutschnationalen Mörder, die keinem dieser Nationalisten mehr wehe tun, wandte sich Müller dem neuesten Schiebertrick der USPD. zu, nämlich gegen die **viersache Erhöhung des Umlagepreises für Getreide**, die am Sonnabend von den Bürgerlichen beschlossen wurde. Wir haben, so sagt er, sofort ein Telegramm an den Reichskanzler geschickt, in dem wir alles ablehnen. Die Freiheit, die die Kapitalisten meinen, ist nichts weiter als die Zwangswirtschaft der Junker, die das Volk je nach dem Stande des Dollars ausbeutet. Jedes Ereignis zeigt uns, daß der Klassenkampf nach wie vor besteht. Die Arbeiter haben die deutsche Republik gegründet und werden dafür sorgen, daß sie keine Geldsackrepublik wird.

Zu Vorsitzenden wurde Simon, Schwabe und Wels gewählt. Von Ebert lief ein Telegramm ein: Dem Parteitag sende ich herzliche Grüße. Die Einigung ist heute mehr denn je eine Lebensfrage für die Arbeiter, aber auch

eine dringende staatspolitische Notwendigkeit.

Die besten Wünsche begleiten Eure Arbeit.

Ebert, Reichspräsident.

•

Bezeichnend ist folgende Aeußerung der „Leipziger N. N." über die Eröffnung des SPD.-Parteitages, die zeigt, daß auch das Bürgertum sich über die radikalen Phrasen der SPD. keinen Illusionen hingibt:

„Bemerkenswert war ohne Zweifel der Ton, auf den schon der Begrüßungsabend gestimmt war: die Mehrheitssozialisten schlugen eine schärfere Tonart (!) an, um den unabhängigen Brüdern den Anschluß an die alte Partei zu erleichtern."

Es ist nicht zu bestreiten, daß Fritz Ebert für die sozialdemokratische Einigung eine offene und deutliche Formulierung geprägt hat. Ueber alle Interessen der Arbeiterschaft stehen für die kapitalistischen Wiederaufbaupolitiker die „staatspolitischen Notwendigkeiten". Das sind im heutigen Deutschland die **Notwendigkeiten des Stinnes- und Ententegeschäftes.** Vor den Karren dieser Notwendigkeiten wird das Proletariat mit allen Mitteln gespannt, und die Einigung der USPD. und SPD. ist ein besonders dicker Strick dafür.

•

Die Beteiligung der Amsterdamer am Stinnes-Lubersac-Geschäft

Die 2. und die Amsterdamer Internationale sind wieder einmal trotz alles ablehnenden Geschreis der Beteiligung an dem Stinnes-Lubersac-Geschäft überführt. Nach bürgerlichen Drahtmeldungen aus Paris finden heute dort wichtige Sitzungen in Sachen des Bemelman- und Stinnes-Abkommens statt. Der Generalsekretär der CGT. und der Vorsitzende des französischen Bergarbeiterverbandes nehmen daran teil.

•

Auer bleibt der USPD. erhalten

Wie aus München gemeldet wird, hat die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins München, die einberufen war, um zu dem Fall Auer Stellung zu nehmen, nach einer langen Aussprache, bei der die Vertreter der USPD. Gelegenheit hatten, ihre Vorwürfe zu begründen, **mit einer rückhaltlosen Vertrauensundgebung für Auer geendet.** Die Flucht Auers zu den Reitern des Grafen Arco habe sich vor Gericht als Lüge herausgestellt. **Die Uebersendung des berüchtigten Rosenstraußes sei keine politische Tat,** aus der sich unzulässige Beziehungen zwischen Auer und der Reaktion ableiten ließen. Der sozialdemokratische Verein trete für die politischen Handlungen Auers in vollem Umfange ein aus der Ueberzeugung heraus, daß **„nur eine gradlinige (!) und die politischen Möglichkeiten abwägende Realpolitik im Sinne des Sozialismus und der Demokratie das deutsche und das bayrische Volk in absehbarer Zeit aus dem gegenwärtigen Elend herausführen könne".**

Auer bleibt also der USPD., wie Noske, Hörsing, Heine, Ebert und all die andern Zierden des Sozialismus erhalten. Es ist dies eine äußerst heilsame Lehre für die unabhängigen Arbeiter, die glaubten, ihr Protest und der zahlreicher SPD.-Arbeiter würde genügen, um den Freund Arcos aus der Partei zu entfernen.

USPD.-Führer sabotieren. In einem offenen Brief forderten unsere Genossen die SPD., USPD. und das Gewerkschaftskartell in Leipzig auf, gemeinsam mit der KPD. den Kampf gegen die Verelendung des Proletariats aufzunehmen. Von der USPD. ist darauf ein Antwortschreiben eingegangen. Der darin zu inkriminierende Satz lautet:

„Der Vorstand hat beschlossen, die von der Kommunistischen Partei angeregte Aktion abzulehnen."

Der Vorstand der USPD. in Leipzig lehnt eine Aktion gegen die Verelendung des Proletariats ab! Lipinski und seine Leute wissen, was sie ihren Koalitionsfreunden schuldig sind.

Stinnes verlangt zwei Minister

Ueber die Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung wird den „Leipziger N. N." von maßgebender Stelle in der Partei folgendes mitgeteilt:

Im Falle einer Krise in den Reparationsverhandlungen dürfte die **Existenz des Kabinetts Wirth gefährdet** sein. Die Deutsche Volkspartei würde es in diesem Falle für ihre Pflicht halten, in eine neue, auf breitester Basis zu bildende Regierung einzutreten. Aber auch wenn die gegenwärtige Reparationskrise überwunden und das Kabinett Wirth am Ruder bleiben sollte, erscheint eine **Verbreiterung der Koalition unabweislich.** Ueber die Bedingungen, unter denen die Deutsche Volkspartei sich in einem solchen Falle zum Eintritt in die Regierung entschließen würde, ist man sich allerdings noch nicht klar. Maßgebende Persönlichkeiten innerhalb der Partei bezeichnen die Besetzung **zweier Ministerien — mindestens des Außenministeriums — als unerläßliche Voraussetzung.**

Die Entscheidung über die Haltung der Partei in dieser Frage dürfte erst auf dem preußischen Landesparteitage und in der Sitzung des Parteivorstandes fallen, die am kommenden Freitag bzw. Sonnabend stattfindet.

•

Die Beherrschung der deutschen Wirtschaft durch Stinnes hat ihre politischen Konsequenzen. Stinnes verlangt für die Vertretung seiner Geschäftsinteressen in der Reichsregierung eine noch breitere Grundlage, um die Ausbeutung des deutschen Proletariats vollkommen sicherzustellen. Die Fesseln für das Proletariat werden immer fester geschmiedet, weil es sich nicht aufraft, für eine Arbeiterregierung zu kämpfen.

•

Stinnes geht nach Frankreich

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian" teilt mit: Der geplante Besuch der deutschen Industriellen im verwüsteten Gebiet Frankreichs wird Anfang Oktober stattfinden. Stinnes, Klöckner und andere Häupter der Industrie werden an der Reise teilnehmen und mit den Führern der französischen Industrie zusammentreffen. Wie derselbe Korrespondent hört, planen die deutschen und französischen Industriellen auch ein gemeinsames Auftreten in russischen Geschäften.

Der Leipziger Kontrollausschuß

(Eigener Bericht.)

Leipzig, 16. September.

Der Kontrollausschuß für Groß-Leipzig hat am Donnerstag und Freitag mit Vertretern der Stadt Leipzig verhandelt und diesen Forderungen für sofort zu ergreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung und der Wohnungsnot unterbreitet. Entsprechend des an die Bevölkerung von Leipzig gerichteten Aufrufs hat der Kontrollausschuß vor dem Rat der Stadt Leipzig die Forderung erhoben, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um die **Brennstoffversorgung der Arbeiterschaft sicherzustellen,** der Arbeiterschaft die Anschaffung von Kohlen durch Herabsetzung der Kohlenpreise zu ermöglichen. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot wurde die **Schließung der Luxusgaststätten,** der Dielen und Bars und die **Beschlagnahme aller großen Wohnungen** bzw. deren engere Belegung durch Zwileiquartierung gefordert. Der Kontrollausschuß fordert seine Mitvertretung im Wohnungsrat der Stadt Leipzig und in gemeinsamer Arbeit mit dem Mieterschutzverband und anderen Stellen eine wirkliche Erfassung aller vorhandenen Wohnräume herbeizuführen. Um **Einfluß auf die Preisbildung** zu erlangen, fordert der Kontrollausschuß eine Vertretung in der städtischen **Preisprüfungsstelle** mit entsprechenden Kompetenzen.

Der Kontrollausschuß hat zu allen seinen Forderungen dem Rat praktische Vorschläge unterbreitet. Er ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß alle Lasten, die aus einer Verbilligung der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände entstehen, in erster Linie den Besitzenden und nicht den kommunalen Kassen auferlegt werden müsse.

Die Vertreter des Rates der Stadt Leipzig haben die Forderungen des Kontrollausschusses für berechtigt und begründet erklärt und versprochen, sich für die Annahme der Forderungen einzusetzen. Eine endgültige Antwort auf diese Forderungen soll dem Kontrollausschuß im Laufe der kommenden Woche erteilt werden.

Der Kontrollausschuß wird den **Leipziger Betriebsräten in einer zweiten Vollversammlung** über seine Tätigkeit Bericht erstatten und mit den Betriebsräten über die weiteren Schritte zur Bekämpfung der Teuerung beraten. **Sollte der Rat der Stadt Leipzig sich den Forderungen des Kontrollausschusses, die von diesem im Namen von Hunderttausenden von Arbeitern erhoben werden, verschließen, so wird die Arbeiterschaft mit stärkeren Druckmitteln auftreten und die Durchführung der Forderungen erzwingen.**

Dollar vormittags: 1475, still

Die Geldkrise

Von Emil Ludwig

Aus der „Bergwerkszeitung" vom 13. September:

„Die Aushöhlung der deutschen Wirtschaft macht beängstigende Fortschritte. Die Symptome der Scheinkonjunktur werden auch dem Laien mehr und mehr erkennbar. In der Industrie herrscht angespannteste Tätigkeit, die Nachfrage nach allen Erzeugnissen ist groß, die Lieferfristen werden immer ausgedehnter. Die großen papiernen Verkehrsziffern der Werke bedeuten nichts weiter als eine glänzende Schale um den faulen Kern. Die Eisenindustrie verschuldet mehr und mehr. Die Beschaffung der für den Rohstoffbezug nötigen Devisen bereitet immer größere Schwierigkeiten. Gerade in dieser verhängnisvollen Zeit versagen die Großbanken völlig. Sie sind weder in der Lage, der Industrie Kredite noch ausreichende Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen."

Die Teuerung kehrt sich gegen ihre Urheber. Täglich, stündlich sind die Preise aller Waren, von der Kohle und dem Eisen bis zum Schuh und dem Hausrat, bis zur Kartoffel und dem Hering, gestiegen. Jetzt, da Industriekapitäne und Händler von der Valutakonjunktur erst recht profitzieren wollen, fehlt es an Geld. Es reicht nicht mehr, um zu den wahnwitzig in die Höhe getriebenen Preisen den Betrieb fortzusetzen. Alles will Kredit, aber der Kredit kommt nicht. „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit nun die Seele des Bürgers nach Geld, dem einzigen Reichtum." — Und sei das Geld auch der verachtete und zerschlissene Markzettel.

Aber ein Schelm gibt mehr als er hat. Wie sollen die Banken Kredit geben, wenn die wilden Markschwankungen sich Sicherung für den Gläubiger vernichten? Selbst der Industrie- und Handelstag, auf dessen Tagung am Donnerstag der Reichskanzler in eigener Person eine schöne Rede gehalten hat, weiß gar keinen anderen Rat, als in einer Resolution das Bedauern darüber auszusprechen, daß es eben so schlimm mit der Kreditnot ist.

Wo sollen die Banken das Geld hernehmen, wenn die Notenpresse mit aller Ueber- und Sonntagsarbeit den Hunger nach baren Zahlungsmitteln nicht decken kann? Die Ankündigung des Rotationsmaschinenmeisters der Reichsbank, daß sie vom 15. November an täglich 2 Milliarden Mark und vom 15. Februar an 3 Milliarden täglich ausgeben werde, beseitigt die Geldnot nicht. Denn sie ist kein Problem der Produktionssteigerung und der Durchbrechung des Achtstundentages in der Reichsdruckerei. Sondern sie ist die notwendige Folge des Zerfalls der deutschen kapitalistischen Wirtschaft. Die Kreditnot ist in Geldnot umgeschlagen, weil der Marksturz, der den Kreditbunger hervorgerufen hat, den Kredit totgeschlagen hat. Nur bares Geld gilt: und bares Geld ist nicht vorhanden.

14½ Milliarden neuer Papierzettel hat die Reichsbank in der ersten Septemberwoche in den Verkehr geworfen. Auf 265 Milliarden Mark ist die umlaufende Papiergeldmasse gestiegen. Aber es fehlt an Geld. Krupp gibt mit Regierungsgenehmigung 500 Millionen Mark Notgeld aus. Thyssen tut desgleichen: sie müssen den Lohn für ihre Arbeiter sich beschaffen. Ja die Unternehmer müssen die kostbaren Dollar-, Pfund- und Frankdevisen hingeben, um, statt Rohstoffe, die schmutzigen deutschen Papiergeldzettel für die Lohnzahlungen sich zu kaufen. Die Arbeiter könnten sonst rebellisch werden.

Es hat nicht geholfen, daß die Unternehmer und Junker, die Wucherer und Schieber vor der Mark geflohen sind: die Krise setzt ein — eben wegen der Marktflucht. Die Geldkrise, die in aller Munde ist, zeigt das typische Bild der amerikanischen Geldkrise von Ende 1907, die mit ihrem Verschwinden der baren Zahlungsmittel und ihrem Ersatz durch Privat- und Notgeld die Wirtschaftskrise einleitete. Aber die Krise trifft heute die deutsche Wirtschaft anders, als sie die der Vereinigten Staaten getroffen hat und als sie die Wirtschaft der Tschechoslowakei trifft. In den Vereinigten Staaten war sie die normale Folge der kapitalistischen Hochkonjunktur. In der Tschechoslowakei ist die Krise die Folge des Versuchs, die Währung zu bessern. In Deutschland Fritz Eberts ist sie die Folge des hemmungslosen Marksalls. Deutschland stürzt in die Wirtschaftskrise, weil die Scheinkonjunktur zusammenbricht, weil hinter der Scheinblüte der Valutakonjunktur der Wirtschaftszerfall hervorgrinst. Sie fügt zum Massenhunger der Valutakonjunktur das Massenelend der Arbeitslosigkeit.

Schon folgen auf die ersten Sturmvögel der Krise, die Kredit- und Geldnot, Betriebsstillegungen und Arbeiterentlassungen in der Textil-, Margarine- und Nahrungsmittelindustrie. Die Kurve der Arbeitslosenziffer weist wieder nach oben. Hatte bisher bei den deutschen Hungerlöhnen die Zahl der Beschäftigten kaum noch eine Rolle in der Kalkulation des Unternehmertums gespielt, so werden Arbeiter und Angestellte bei der ersten krisenhaften Erschütterung der Wirtschaft rücksichtslos auf die Straße geworfen.

Noch in der einsetzenden Krise versucht das Unternehmertum durch Abwälzung des Valutarisikos auf die Arbeiter seine Profite zu sichern, indem es durch sein Notgeld die Proletarier zwingt, ihm Kredit zu geben, auf Kredit sich abzuschuften für die Grubenbarone und Industriekapitäne.

Die Widersprüche des Kapitalismus werden immer toller: je mehr Papiergeld gemacht wird, desto weniger Geld ist da; je mehr die Teuerung wächst, um so weniger können die Arbeiter und Angestellten auf Bezahlung selbst ihres kärglichen Lohnes rechnen. **Gewerkschaften und Sozialdemokraten versagen. Sie beteiln bei**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220918-14/fragment/page=0001

den Regierungsinstanzen und sind im übrigen mit der Vereinigung und mit der Kommunistenhetze beschäftigt. Und doch hätte die von ihnen kontrollierte Regierung mit Fritz Ebert an der Spitze in dem so oft gegen die Kommunisten angewandten Artikel 48 der Reichsverfassung ein Mittel, auf „demokratisch-verfassungsmäßigem" Wege die zur Kontrolle der Produktion und der Preise, die Erfassung der Sachwerte mit Hilfe des organisierten Proletariats durchzuführen. Aber die demokratisch-verfassungsmäßige Illusion, die zur Ebert-Diktatur gegen das revolutionäre Proletariat geführt hat, versagt prompt, wenn es, die harten wirtschaftlichen Tatsachen gegen die Kapitalisten und ihren Anhang zu wenden. Und doch ist wahrlich der Hunger von Millionen deutscher Männer und Frauen die Unfähigkeit der Unternehmer, die Löhne auszuzahlen, ein Notstand von so außerordentlichem Gewicht, daß er die Anwendung von Ausnahmeverordnungen rechtfertigen würde.

Aber diese Ausnahmeverordnungen werden nicht kommen. Die Regierungssozialisten von Ebert bis Crispien wollen und können als Gefangene der Stinnes-koalition nichts gegen die Ausbeuter unternehmen. So bleibt nur die Selbsthilfe des Proletariats. Teuerung und Geldkrise, die zu dem entsetzlichen Elend einer allgemeinen Wirtschaftskrise sich ausbreiten werden, lehrt die breiten Massen, daß sie, um nur ihre Lohnzahlung sich zu sichern, um nur das selbstverständliche Recht des Proletariers auf pünktliche Entrichtung des Tariflohnes zu erhalten, heute in allen Betrieben die Preis- und die Betriebskontrolle durch die Arbeiterschaft im Lebensinteresse aller Ausgebeuteten liegt. Es geht heute nicht mehr allein um die Herabsetzung der Preise, es geht um die Sicherung der Lohnzahlung, zu der das Kapital unfähig geworden ist.

Die Gehalts- und Lohnbewegung der Eisenbahner und Beamten

Die Streikbewegung der Eisenbahnarbeiter im besetzten Gebiet und die Kampfstimmung der Eisenbahner im ganzen Reich hat die Gewerkschaftsspitzen bewogen, am Freitagnachmittag bei der Regierung vorstellig zu werden, und auf sofortige Verhandlungen zu dringen. Es wurde die unverzügliche Ausbezahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 15 000 Mark verlangt, um die nötigsten Ausgaben für Kleidung, Wäsche und Nahrung leisten zu können.

Die Antwort der Koalitionsregierung war, was die Wirtschaftsbeihilfe anbetrifft, schroff ablehnend. Die Verhandlungen über Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten sollen erst nächsten Donnerstag aufgenommen werden. Wie die bürgerliche Presse mitteilt, soll diese Verschleppung auf Wunsch des Hauptvorstandes des DEV. erfolgt sein, der zurzeit auf dem Münchener Verbandstag damit beschäftigt ist, die Kommunisten zu „erledigen".

Gegen die Ueberschichten!

(Eigener Bericht.)

Essen, 16. September.

Die Betriebsräte von etwa 50 Schachtanlagen des Ruhrgebietes richten „an ihre Ueberschichten fahrenden Kameraden" einen Aufruf, worin sie im Namen der Arbeiterschaft der unterzeichneten Schachtanlagen dazu auffordern, die Ueberschichtenabkommen abzulehnen und das Verfahren der 8. Stunde sofort einzuführen! Sie heben in dem Aufrufe hervor, daß die Kohlenindustriellen die Aufwandsentschädigung für die Betriebsausschußmitglieder um das Neunfache erhöht haben, um sie für die Unterzeichnung des Ueberschichtenabkommens dadurch bereitwilligerer zu stimmen. Dies zu einer Zeit, wo sie dem Kumpel einen großen Teil seiner Deputatkohle entziehen wollen. **Wenn die Bergarbeiter sich dem Ueberschichtenabkommen fügen, werden sie auch nicht einen Pfennig mehr an reellem Lohn erhalten, als ohne Ueberstunden. Die Unternehmer werden denn erleichterungsgemäß den Schichtlohn genau um den Betrag niedriger ansetzen, den der Mehrlohn für die Ueberschichten ausmacht, was auch jetzt bereits geschehen ist.** Sie weisen darauf hin, daß zurzeit, wo die Löhne noch nicht ausreichen, um die Teuerung von Juli und August nachzuholen, **Zulagen als Prämie für die Ueberstundenleistung versprochen werden**, die erst für die im September „zu erwartende Teuerung" gelten sollen. **Die dauernde Beseitigung der Siebenstundenschicht** ist die wahre Absicht der Kohlenindustriellen, die so die Bergarbeiter auf dem Wege über die Ueberschichten zu Streikbrechern und Schmutzkonkurrenten von Hunderttausenden arbeitslosen oder streikenden Arbeitern Amerikas und Englands werden lassen wollen. Der Aufruf schließt mit der Aufforderung, den mitteldeutschen und sächsischen Arbeitern zu folgen, **die geschlossen die Ueberschichten verweigern**, das selbstmörderische Ueberschichtenabkommen muß zerrissen werden, und ist unterzeichnet von den Schächten: **Tremonia, Kaiserstuhl 1, Kaiserstuhl 2, Wiendahlsbank, Gottessegen, Glückauf-Tiefbau, Preußen 1, Hermann, Hardenberg, Admiral, Kaiser-Friedrich, Waltrop, Freie Vogel, Aschenbach, Dorstfeld 1-4, Preußen 2, Nordstern 1-2, Arenberg Fortsetzung, Bismarck 3-5, Bergmannsglück, Scholven, Westerholt, Ver, Wehlheim, Rheinbaben, Hugo 1, 2, 3, Ewald, Katharina, Dietgardi, Victoria Mathias, Hagenbeck, Mathias Stinnes 1-2, Amalia, Herkules, Graf Beust, Neu-Iserlohn 1-2, Amalia, (Werne), Brunstraße, Friedrich Joachim, Konkordia 2-3, Rimbacher Hütte 4-6.**

*

Die Erklärung des „Vorwärts", daß 95 Prozent der Ruhrbergarbeiter das Ueberschichtenabkommen angenommen haben, stellt sich als als ein plumper Schwindel heraus. Auch seine gewundenen Begründungsversuche im Namen der Wirtschaftsnot ziehen nicht mehr. Jeder Arbeiter weiß, daß die „Kohlennot" nur der Agitation der Schwerindustrie dienen soll, jeder Arbeiter weiß, daß deutsche Kohle an das Ausland verschachert wird, während das Reich teure ausländische Kohle kaufen muß, jeder Arbeiter weiß, daß äußersten Falls die billigere Kohleneinfuhr aus Polnisch-Oberschlesien bedeutend gehoben werden könnte, und daß nicht nur die Zustände der polnischen Bahnen dies verhindern, sondern die nationalistische Kohlenpolitik, für die die Sozialdemokratie die Mauer macht oder die sie offen betreibt und unterstützt. Vollends lächerlich ist es, die Durchbrechung der Siebenstundenschicht mit der Wohnungsnot im Ruhrgebiet, wie es der „Vorwärts" getan hat, zu begründen. Nächstens wird er den Achtstundentag wegen der allgemeinen Wohnungsnot abschaffen wollen. Der Widerstand der Bergarbeiter und die Solidarität des ganzen Proletariats wird das Ueberschichtenabkommen vereiteln und weiteren Angriffen vorzubauen wissen.

341 Milliarden Reichsschuld!

In der ersten Septemberdekade vereinnahmte das Reich an Ueberschüssen der Finanzkassen an Steuern, Zöllen und Gebühren nach Abzug der von den Finanzkassen und Oberfinanzkassen geleisteten Ausgaben 5 969 190 000 Mk., die Ausgaben beliefen sich auf 16 368 565 000 Mk. Von den Betriebsverwaltungen konnte die Post- und Telegraphenverwaltung 1 092 887 000 Mk. abliefern, während die Eisenbahn einen Zuschuß von 5 701 697 000 Mark erforderte. Die Angaben lassen einen Schluß auf das Wirtschaftsergebnis der Betriebsverwaltungen nicht zu, weil sie bei der Post vom 1. Juli 1922 ab auch fremde Einnahmen (z. B. Erlöse aus Reichssteuermarken) und Ausgaben (z. B. Militärrenten) umfassen.

Am 1. April 1921 betrug die schwebende Schuld des Reiches 166 Milliarden, am 1. April 1922 271 Milliarden, am 10. September um 70 Milliarden mehr, nämlich 341 Milliarden!

Dreihunderteinundvierzig Milliarden, diese Zahl kennzeichnet die Lage des Staates und seiner Koalitionsregierung. Noch im Vorjahre in 12 Monaten ein Schuldenzuwachs um rund 100 Milliarden, jetzt in fünf Monaten schon ein solcher von 70! Das Tempo wird sich noch ganz anders beschleunigen, wenn erst die Zahlungen an Herrn Stinnes ihren Anfang nehmen.

Der Vertrag zwischen der Russo-Asiatica und Sowjet-Rußland

Von Eugen Varga.

Wie bekannt, wurde vor einigen Tagen in Berlin ein Vertrag zwischen Sowjet-Rußland und der Russo-Asiatica abgeschlossen. Die Bedeutung dieses Vertrages geht am besten daraus hervor, daß sich die ganze kapitalistische Presse Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten damit beschäftigt. Um das zu verstehen, müssen wir folgendes klarstellen:

Die Russo-Asiatica war eine der allergrößten ausländischen kapitalistischen Unternehmungen in Rußland. Ihr Führer, L. Urquhart, ist einer der allergrößten Industriellen und Finanziers von England. Als echter Kapitalist setzte er zuerst seine Hoffnung, die durch die Sowjetregierung enteigneten Unternehmungen zurückzuerhalten, auf die Waffengewalt. Er war das Haupt der sehr einflußreichen Vereinigung jener englischen Kapitalisten, die durch die russische Revolution Schaden erlitten haben. Dieser Verein führte Jahre hindurch die schärfste Kampagne gegen Sowjet-Rußland mit allen Mitteln: durch die Presse durch politische Agitation und durch materielle Unterstützung Koltschaks. Die Tatsache, daß es nunmehr, nach sehr langwierigen Verhandlungen, die über ein Jahr andauerten, zu dem Abschluß dieses Vertrages mit Urquhart kam, beweist vor allem, **daß die englischen Kapitalisten jede Hoffnung verloren haben, die Sowjetregierung in Rußland stürzen zu können.** In dieser Beziehung ist der Abschluß dieses Vertrages von größerer internationaler Bedeutung, als jede formell-diplomatische Anerkennung Sowjet-Rußlands es wäre.

Der Inhalt des Vertrages selbst ist ebenfalls von außerordentlicher Bedeutung. Nachdem die verschiedenen kapitalistischen Gruppen, die danach streben, in Rußland Konzessionen zu erhalten, lange den Versuch gemacht hatten, ihren Unternehmungen auf russischem Boden eine exterritoriale Stellung zu sichern — ähnlich wie sie die ausländischen Unternehmungen in der Türkei und in anderen halb-souveränen Staaten besaßen —, bedeutet der Inhalt des Urquhart-Vertrages, was seine innere Gesetzgebung anbelangt, auch eine volle Anerkennung der Souveränität Sowjet-Rußlands. Die Unternehmung ist in allen Rechtsstreitigkeiten mit russischen Staatstrusts und russischen Privatunternehmungen der Kompetenz der Sowjet-Gerichte unterworfen, **ebenso in allen Fragen des Arbeiterrechtes**; nur in dem einen Fall, wenn in der Auslegung des Grundvertrages selbst zwischen dem Unternehmen und der Sowjetregierung Meinungsverschiedenheiten auftauchen, ist ein Schiedsgericht vorgesehen. Der Vertrag wahrt daher sämtliche Rechte des russischen Proletariats, die es sich in der Revolution errungen hat! Auch das Prinzip, daß die einmal nationalisierten Produktionsmittel nicht den Eigentümern zurückgegeben werden, ist im Vertrage voll eingehalten. Die früheren Unternehmungen werden den Unternehmern pachtweise zum Betrieb überlassen: die Verpachtung geschieht auf höchstens 99 Jahre. Die Sowjetregierung hat das Recht, den Pachtvertrag nach einer gewissen Zeit unter den im Vertrag festgesetzten Bedingungen aufzuheben. Das Unternehmertum bezahlt 7½ Prozent seiner Bruttoproduktion in Natura als Pacht. — Da es sich um den ersten derartigen Versuch handelt und Urquhart als Bahnbrecher zu betrachten ist, hat die Sowjetregierung eingewilligt, einen Beitrag zu den Kosten der Wiederaufrichtung des Unternehmens zu leisten, zum Teil in bar, zum größeren Teil aber in Schatzwechseln mit einer Laufzeit von fünfzehn Jahren.

Was die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages anbelangt, so ist diese sicherlich außerordentlich groß. Das Unternehmen beschäftigte vor dem Kriege ungefähr 50 000 Arbeiter; es betrieb riesige Kupferbergwerke, Goldbergwerke, besaß eigene Forsten und landwirtschaftliche Unternehmungen. Da dem Unternehmen im Vertrage die volle Entwicklung der Produktion auf die Vorkriegshöhe zur Pflicht gemacht ist, so wird die Einnahme der Sowjetregierung aus dem Vertrage sicherlich eine sehr ansehnliche sein. Wichtiger aber als die Einnahme ist noch der Umstand, daß durch die neue Inbetriebsetzung dieser Unternehmungen der durch Krieg, Revolution, Bürgerkrieg und wirtschaftlichen Verfall sehr gelichtete Bestand des russischen Industrieproletariats um eine ansehnliche Zahl vermehrt wird; daß das industrielle Proletariat des Ural-Gebietes, das zum großen Teil aus den Industriezentren geflüchtet und sich in den Heimatsdörfern zerstreut hat, wieder in industriellen Großbetrieben zusammengezogen wird. Die Grundlage der Diktatur des Proletariats: das in Großbetrieben vereinigte industrielle Proletariat, beginnt sich hierdurch wieder auszudehnen.

Aber die eigentliche Bedeutung liegt nicht in dieser einzelnen Tatsache, sondern darin, daß nunmehr, nachdem Urquhart den Anfang gemacht hat, sicherlich eine ganze Reihe von englischen, französischen, belgischen und vielleicht auch deutschen Kapitalisten seinem Beispiel folgen werden. Nachdem die Konferenzen in Genua und im Haag zu keinem Ergebnis geführt haben, nachdem es sich erwiesen hat, daß die Bourgeoisie als Klasse außerstande ist, sich dem Sowjet-Regime international anzupassen, bleibt Rußland und den einzelnen Kapitalisten nichts anderes übrig, als Einzelabkommen miteinander zu schließen. Der Vertrag mit Urquhart wird sicherlich die Einleitung zu einer langen Reihe von ähnlichen Verträgen sein, die Rußland jene für sich absolut unentbehrlichen Produktionsmittel zuführen werden, die es sich im Wege internationaler Staatskredite bisher nicht hat verschaffen können.

Die Feinde der Kommunisten, die Menschewiki aller Länder, werden diese Gelegenheit sicherlich wiederum dazu benutzen, die Kommunisten Rußlands böswillig zu verleumden, daß sie die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Herrschaft in Rußland befürworten und durchführen. Demgegenüber genügt es, auf den Inhalt des Vertrages selbst hinzuweisen, der — wie wir oben skizzierten — alle wesentlichen Errungenschaften der proletarischen Revolution festhält. Jenen Proletariern aber, die aufrichtig der Sache der Revolution ergeben sind, und denen es weh tut, daß in Rußland überhaupt Kapitalisten, wieder zugelassen werden, müssen wir ehrlich sagen: Es liegt nicht an den russischen Genossen, daß dies geschehen muß, sondern vor allem an den Arbeitermassen außerhalb Rußlands. Wäre die Arbeiterbewegung der nichtrussischen hochentwickelten kapitalistischen Länder stark genug gewesen, um die Macht in ihrem eigenen Lande zu erringen, so wären die russischen Kommunisten am glücklichsten darüber, die notwendigen Produktionsmittel nicht von englischen oder französischen Kapitalisten, sondern von den englischen, französischen oder deutschen Proletariern erhalten zu können. Das russische Proletariat hat den Kampf seit 5 Jahren allein geführt. Es hat sich über die Grenzen des Möglichen hinaus für die Sache der internationalen Revolution geopfert. Es muß jetzt, um überhaupt weiter leben zu können, Produktionsmittel aus dem Auslande erhalten, und da ihm diese Produktionsmittel die Proletarier Europas noch nicht geben können, so ist es unvermeidlich, diese von den Kapitalisten in Anspruch zu nehmen. Dies wird und muß jeder Proletarier verstehen.

Für Eisenbahnfahrten ab November 150 Prozent Aufschlag

(WTB.) **Berlin**, 16. September.

Im Reichsverkehrsministerium wurden die weiteren Erhöhungen der Eisenbahntarife beraten. Der Reichsverkehrsminister ließ mitteilen, daß infolge der ungeheuren Verteuerung der nötigsten Materialien der Reichsbahn in den letzten Wochen der Eisenbahnverwaltung eine monatliche Mehrausgabe von rund 26,6 Milliarden Mark erwachse. Es sei daher beabsichtigt, die Gütertarife zum 1. Oktober über die bereits beschlossene Erhöhung von 33 Prozent hinaus um weitere 100 Prozent, ferner die am 1. Oktober in Kraft tretenden um 50 Prozent erhöhten Personentarife vom 1. November an um weitere 100 Prozent zu steigern.

5000 Mark für ein Zwanzigmarkstück

(WTB.) **Berlin**, 16. September.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 18. bis 24. September unverändert zum Preise von 5000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 2500 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 100fachen Betrage des Nennwertes.

Neue Preiserhöhungen

Die Handelsschranken-Vereinigung hat mit Wirkung ab 12. September 1922 die Aufschläge auf die Preise der allgemeinen Grundliste wie nachstehend erhöht: Maschinenschrauben (bis 12 Millimeter einschließlich) 24 000 pro Zentner, Stellschrauben (über 12 Millimeter) 26 000 pro Zentner, Schloßschrauben, Hütchen- und Wagenhauschrauben (bis 12 Millimeter einschließlich) 27 000 pro Zentner, Pflugschrauben, Radschrauben (über 12 Millimeter) 28 000 pro Zentner, Schlüsselschrauben, bis 12 Millimeter einschließlich 22 000 pro Zentner, über 12 Millimeter 24 000 pro Zentner, Anschweißenden 32 000 pro Zentner, Muttern 32 000 pro Zentner. Die Verpackung wird erhöht auf 500 Mk. für 100 Kilogramm Bruttogewicht. — Der Verband deutscher elektrotechnischer Porzellanfabriken hat beschlossen, die Verkaufspreise für Niederspannungsmaterial aus Porzellan und Steatit ab 16. September 1922 von 540 pro Zentner auf 740 pro Zentner zu erhöhen. — Der Verband deutscher Kachelöfenfabrikanten erhöhte den ab 19. August festgesetzten Teuerungsaufschlag für vorgeformte Fabrikate von 650 pro Zentner auf 1000 pro Zentner, für nicht vorgeformte Fabrikate von 750 pro Zentner auf 1150 pro Zentner.

Weitere Erhöhung des Nähgarnzuschlages. Wie uns mitgeteilt wird, hat das Nähgarnsyndikat den Preisaufschlag auf Nähgarne auf der Preisgrundlage vom 21. August von 45 pro Zentner auf 55 pro Zentner erhöht.

Ein Schachzug der englischen Politik

Ankündigung der Schuldentilgung an Amerika

„New York Herald" meldet aus Washington, das Schatzamt erkläre, Großbritannien habe formell mitgeteilt, daß es ohne Rücksicht auf die europäische Lage seine gesamte Schuld an die Vereinigten Staaten zu zahlen beabsichtige. Die Zahlung würde am 15. Oktober, wo der halbjährliche Zinsbetrag in Höhe von 125 Millionen Dollar fällig ist, ihren Anfang nehmen. Die britische Kommission für die Schuldentage werde Ende des Monats in Washington ankommen und am 1. Oktober die Verhandlungen über die Konsolidierung der Schulden beginnen, die die Umwandlung der gegenwärtigen Schuldscheine in langfristige Obligationen bezwecken.

Die Ankündigung der englischen Regierung, daß sie mit der Abzahlung der amerikanischen Schulden beginnen werde, ist ein politischer Schachzug gegen die Vereinigten Staaten und vor allem gegen Frankreich. Man muß sich daran erinnern, daß in der Note Lord Balfours vom 31. Juli der Grundsatz aufgestellt war, daß England zur Abzahlung seiner Schulden an Amerika bereit sei, wenn andererseits Frankreich seine Schulden an England abtrage. Der französische Plan auf gegenseitige Streichung der interalliierten Schulden wurde dadurch durchkreuzt. Die Abzahlung der amerikanischen Schulden wird England einerseits von den Vereinigten Staaten unabhängiger machen, andererseits seinen Druck auf Frankreich, gestützt auf seine Ansprüche, stärken. Für die französische Regierung wird sich die Notwendigkeit, an England und die Vereinigten Staaten abzuzahlen, verschärfen und damit die Notwendigkeit, aus Deutschland Zahlungen zu erpressen.

Nichtsdestoweniger bleibt Amerika der mächtigste Faktor der imperialistischen Weltpolitik, bei dessen Eingreifen in den europäischen Konflikt sich die streitenden imperialistischen Kräfte erst endgültig gruppieren werden.

Der Krieg im Orient

(WTB.) **London**, 16. September.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle" schreibt, die unmittelbarsten Besorgnisse wegen der Orientfrage seien durch die letzte französische Note beseitigt. Wenn die Kemalisten gegen die neutrale Zone vorgehen sollten, so würden sie jetzt auf den vereinigten Widerstand der Alliierten stoßen.

*

(WTB.) **London**, 16. September.

In einer Rede in Newcastle erklärte heute der Staatssekretär des Innern, Shortt, Großbritannien, Frankreich und Italien seien entschlossen, die Freiheit der Dardanellen und des Bosporus zu schützen. Es sei so gut wie sicher, daß mehr Truppen nach dem Orient geschickt werden müßten, aber wieviel Truppen auch nötig seien, um Mustafha Kemal Pascha zu hindern, nach Europa zu kommen, sie würden zur Stelle sein. Wenn England eine Schlappe erlitte, so würde dies das Schlimmste sein, was seiner Herrschaft im Orient widerfahren könnte. England müsse verhüten, daß seine Autorität in Indien und Aegypten Schaden erleide.

*

Die französische Regierung hat in ihrer letzten Note den Engländern wichtige Konzessionen in der Frage der Meerengen und der Kontrolle Konstantinopels gemacht. Es ist verständlich, daß die englische Presse diese neue Wendung begrüßt. Allerdings wird die Einigung zwischen den Verbündeten nur von kurzer Dauer sein. Obwohl Frankreich aus taktischen Gründen die Türken im Stich zu lassen beginnt, verzichtet es damit keineswegs für die Zukunft auf die Möglichkeit, durch versteckte oder offene Unterstützung der Türken England neue Schwierigkeiten zu bereiten.

Große Streikbewegung in der Slowakei

(Eigene Drahtmeldung.)

Prag, 18. September.

In Bratislava (Preßburg) sind die Metallarbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Lohnabbau um 18 Prozent vorgenommen hatten. Die Heizer und Maschinisten haben sich der Bewegung angeschlossen. In 17 Großbetrieben streiken 7500 Arbeiter. Die Textilarbeiter und chemischen Arbeiter halten sich in den Betrieben auf, ohne zu arbeiten, weil die Maschinen stillgelegt sind. Es ist damit zu rechnen, daß die Unternehmer nun diese Arbeitergruppen aussperren werden. Die Bewegung ist um so wichtiger, als in der ganzen Slowakei die Arbeiterschaft über die brutalen Methoden der Regierung außerordentlich empört ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220918-14/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeiterschaft verlangt Aufklärung!

In der neuesten Nummer des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes" empört sich ein Artikelschreiber darüber, daß der „Klassenkampf" die Gesamtarbeiterschaft über den Verlauf der Bundesausschußsitzung des ADGB. vom 4. September unterrichtet hat. Wohl wirkte dieser Bericht auf jeden ehrlichen Arbeiter wie ein Keulenschlag, wurde doch dort in einer äußerst ernsten Situation für das Proletariat lediglich über einen **Feldzugsplan gegen die Kommunisten beraten.** Jedem Arbeiter wurde es klar, daß von diesen verknöcherten Bureaukraten im ADGB. kein ernstlicher Kampf gegen Teuerung und Verelendung zu erwarten war und daß die **Selbsthilfe** des Proletariats als einziger Ausweg blieb.

Daß dies so ist, daß der Bundesvorstand und Ausschuß durch sein frivoles Spiel mit der Geschlossenheit der Gewerkschaften die ganze Arbeiterklasse in schwere Gefahr bringt, ist doch nicht Schuld der kommunistischen Presse, die lediglich ihre Pflicht gegenüber dem Proletariat erfüllt, wenn sie die Tatsachen ungeschminkt und unverhohlen zu seiner Kenntnis bringt.

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" behauptet nun frischweg, der Bericht der kommunistischen Presse sei nicht wahrheitsgetreu. Er schreibt:

„Daß die Aeußerungen der Redner aus dem Zusammenhang gerissen und entstellt wiedergegeben werden, versteht sich von selbst.

Nach dem Bericht soll Leipart, ohne von den gegen die Teuerung zu ergreifenden Maßnahmen zu sprechen, nur gegen die Betriebsräte gewettert haben. In Wirklichkeit stellte Leipart fest, daß es sich bei diesem geplanten Kongreß nicht um eine Aktion der Betriebsräte gegen die Teuerung, sondern um eine Aktion der Kommunistischen Partei gegen die Gewerkschaften handelte. Hierüber müsse Klarheit in der Arbeiterschaft geschaffen werden, und das sei Aufgabe der Verbandsvorstände und der Gewerkschaftspresse. Gegen die Störer der Gewerkschaftsbewegung müsse mit Entschiedenheit Stellung genommen werden."

Das ist zwar in den Worten der Arbeitsgemeinschaftler die volle Bestätigung dessen, was die kommunistische Presse berichtete. Die Initiative der Betriebsräte, die durch die unerträgliche Notlage hervorgerufene Aktion der arbeitenden Massen wird von den Arbeitsgemeinschaften als ein **„Kampf gegen die Gewerkschaften"** bezeichnet. Unter dieser Begründung kann man überall den kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen, wie man den Ruhrbergleuten, den Eisenbahnern in den Rücken gefallen ist. Kämpfen nach Ansicht des ADGB. die Bergarbeiter, die sich gegen Ueberschichten zur Wehr setzen, auch „gegen die Gewerkschaften"? Fällt man ihnen in Gemeinschaft mit Christen und Hirschen darum in den Rücken, weil die Gewerkschaften die Durchführung des Stinnesabkommens garantiert haben.

Ueber das Programm des ADGB. äußert sich der Gewerkschaftliche Nachrichtendienst nur in folgendem Satz:

„Drum ihr Wutgeheul, wenn der ADGB. ihren Absichten entgegentritt und entschieden Wege beschreitet, die allein den Ausweg aus den infolge des Währungssturzes für die Masse des Volkes unerträglichen Verhältnissen sichern."

Wenn diese Worte angesichts der bisherigen „Aktion" der Gewerkschaftsführer gegen Teuerung und Verelendung, die sich auf Vorstellungen bei der Regierung beschränkten, nicht lediglich als leere Großsprecherei aufgefaßt werden sollen, so muß der ADGB. schon deutlicher erklären, was er damit meint. Wenn er als einzigen Ausweg die **Produktionssteigerung** durch **Arbeitszeitverlängerung** und Einschränkung der Lebenshaltung des Arbeiters meint, **dann heraus mit der Sprache,** daß auch der letzte Arbeiter weiß, was er vom ADGB. zu erwarten hat.

Der ADGB. bezeichnet unseren Bericht über die Bundesausschußsitzung als „entstellt". Warum wird der Arbeiterschaft nicht ein ausführlicher offizieller Bericht gegeben? Wir verlangen Veröffentlichung des Protokolls! **Das Proletariat will restlose Aufklärung!**

Technische Nothilfe unter polizeilichem Schutz

Gewerkschaftliche Streikbruchaufgabe

Der Reichsminister des Innern, der Sozialdemokrat Köster, hat Vorkehrungen getroffen, daß streikenden Arbeitern mit Hilfe von Gewerkschaften, Technischer Nothilfe und Polizei die Erreichung ihrer Forderungen fast unmöglich gemacht wird. Ein Erlaß vom 25. März 1922 (VII 1651) sagt darüber folgendes:

„Es muß sofort bei Beginn des Streiks den Gewerkschaften bzw. der Streikleitung die Frage vorgelegt werden, ob die Arbeitnehmer bereit sind, die Notstandsarbeiten in diesem Umfange durchzuführen. Es wird aber stets auf sofortige Beantwortung Gewicht zu legen sein."

Wer zu lesen versteht, weiß, daß damit gemeint ist: die Schlagfähigkeit fordernder Arbeiter lähmen und dafür die Hilfe der Gewerkschaftsbureaukratie in Anspruch nehmen.

Der Erlaß sagt weiter:

„Handelt es sich dagegen um wilde Streiks oder reicht der Einfluß der Gewerkschaften nicht aus . . ., so ist es geboten, sofort die erforderlichen Maßnahmen anzuordnen, d. h. Technische Nothilfe nötigenfalls unter polizeilichem Schutz einzusetzen."

Das heißt also, einflußlosen Gewerkschaften soll mittels Polizei und Teno geholfen werden, „wild" streikende Arbeiter zur Raison zu bringen. Eine Liebe ist eben der anderen wert.

Doch der Erlaß geht weiter. Das Ministerium des Innern scheint mächtig besorgt zu sein, daß die orgeschwerfuchte Technische Nothilfe doch nicht viel helfen wird, sondern nur die Maschinen in Grund und Boden ruiniert. Also die Arbeiterschaft soll den Nothelfern die Werke im regulären Betrieb vorführen.

„Die gemeinnützige Arbeit der Technischen Nothilfe wird dadurch erleichtert, daß die Besitzer größerer, lebenswichtiger Betriebe, besonders die Kommunen, schon in ruhigen Zeiten der Technischen Nothilfe genaue Pläne ihrer Werke übergeben und den Beauftragten zwecks Besichtigung Zutritt zu den Betrieben gewähren."

Auch geeignete Räume sollen für die Alarmbereitschaft oder den Fall des Einsatzes der Teno als Unterkunftsräume zur Verfügung gestellt werden.

Die Teno ist bereits ein Stück Faszismus in Deutschland geworden; die Helfershelfer sitzen in den Regierungsstellen. Die Helfershelfer der Teno und damit der Kapitalisten sind die Sozialdemokraten. Der Sozialdemokrat Noske hat die Teno gegründet. Dieser Erlaß geht aus vom Reichsminister des Innern, dem Sozialdemokraten Köster. Er wurde weitergegeben in Preußen durch den Sozialdemokraten Severing und in Sachsen durch den „unabhängigen" Sozialdemokraten Lipinski. Schließlich bekräftigte die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie diese Politik ihrer Führer dadurch, daß sie im Sommer 37 Millionen Mark für die Teno bewilligte.

Die Arbeiter müssen die unbedingte Durchführung der Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses, die Beseitigung der Technischen Nothilfe, verlangen.

Die Gewerkschaften wollen der Arbeiterpresse helfen

Eine Konferenz des Kartells der Gauleiter aller freien Gewerkschaften für die Provinz Brandenburg sowie der Ortsangestellten der einzelnen Verbände beschloß am Sonntag, dem 10. September, sich an die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften mit folgenden Forderungen zu wenden:

1. Durch Ausschreibung eines außerordentlichen Pflichtbeitrages der Arbeiterpresse Mittel zur Verfügung zu stellen. Der Beitrag muß mindestens 20 Mk. pro Mitglied betragen.
2. Die örtlichen Verwaltungsstellen durch Ortsausschüsse aufzufordern, mehr wie bisher den Inseratenteil der Presse zu benutzen.
3. Die Mitglieder aufzufordern, Abonnenten der Arbeiterpresse zu werden.

Die Gewerkschaftsführer wollen durch diesen Beschluß die menschewistische Presse stärken, und die Kommunisten werden sich schwer hüten, ihnen bei diesem Geschäft freie Hand zu lassen. Wenn dagegen die Gewerkschaftsbureaukraten die gesamte Arbeiterpresse mit ihren Zuwendungen beglücken wollen, also auch die kommunistische Presse, dann werden wir diesen Schritt begrüßen.

Das Zeitungssterben. Das soeben erschienene vierteljährliche Ergänzungsheft zur amtlichen Zeitungsliste für das Jahr 1922 verzeichnet abermals 226 Zeitungen und Zeitschriften, die ihr Erscheinen eingestellt haben.

Die ungeheure Notlage der Presse wird voraussichtlich in Bälde zu einer Einschränkungsmaßnahme führen, die in Fachkreisen des Zeitungsgewerbes mehr und mehr als unvermeidlich erkannt wird. Schon haben einige Berliner Tageszeitungen die tägliche einmalige Erscheinungsweise eingeführt. In längstens ein bis zwei Monaten wird die einmalige Erscheinungsweise bei der gesamten Berliner Tagespresse zwangsläufig Geltung haben.

Vom Tage

Brand im Hafen. New-Orleans, 16. September. In der Freitagnacht brach in den Hafenanlagen ein Feuer aus, durch das fünf Blocks von Werftgebäuden und Magazinen eingeäschert wurden. Der Schaden beläuft sich auf über 5 Millionen Dollar. Der deutsche Frachtdampfer Else der Firma Hugo Stinnes geriet in Brand, konnte aber in den Fluß hinausgebracht werden, ehe er ernsten Schaden erlitt.

Opiumdiebstahl. Hamburg, 18. September. Von einem Speicherboden im Freihafen wurde für eine Million Mark Opium gestohlen.

Aus der Provinz

Auch eine „Aktion"

Ein Aufruf des Bezirksausschusses des ADGB.

Das Bezirkssekretariat des ADGB. für den Regierungsbezirk Merseburg erläßt folgenden Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten: Die furchtbare Teuerung und ihre Folgen werden unerträglich. Nach amtlichen Feststellungen sind in deutschen Großstädten 50 bis 80 Prozent der Schulkinder unterernährt. In den Reihen der werktätigen Bevölkerung wüten Seuchen aller Art. **Jede Lohn- und Gehaltserhöhung ist durch die Verteuerung der Lebenshaltung längst überholt.** Der jetzige Verwaltungsapparat des Reiches ist seinen Aufgaben nicht gewachsen, er muß sofort anders aufgebaut werden. Wir verlangen deshalb eine sofortige Umstellung der Verwaltung des Reiches und seiner Ausführungsbehörden; eine **ausreichende Erhöhung der Löhne, die der Teuerung angepaßt sind,** muß sofort erfolgen. Die Wuchergesetze und Verordnungen müssen straff durchgeführt werden. Die **Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln und Heizung zu erschwinglichen Preisen muß schleunigst erfolgen.**

Wir fordern unsere Ortsausschüsse auf, **gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften** und den Vertretern der Arbeiterparteien mit den Kommunal- und Kreisbehörden sofort in Verbindung zu treten und die Durchführung aller zweckentsprechenden Maßnahmen zu verlangen. Hierbei muß darauf gesehen werden, daß die Verteilung der Massengüter hauptsächlich durch die Konsumgenossenschaften erfolgt.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Forderungen und Vorschläge sind genügend gemacht worden, Gesetze, die den Wucher bekämpfen, bestehen ausreichend, aber geschehen ist bisher wenig. Auch mit der Annahme von Entschließungen ändern wir nichts. Deshalb ruft in allen Orten gemeinsam mit den Genossenschaften und Gewerkschaften Versammlungen ein, zu der auch die Kommunal- und Kreisbehörden eingeladen werden müssen. Sorgt dafür, daß diese Versammlungen ordnungsgemäß verlaufen und in der Versammlung die Vertreter der Behörden veranlaßt werden, bekanntzugeben, was sie bisher getan haben und weiter tun wollen. Bringt alle Wuchergeschäfte rücksichtslos zur Anzeige; stellt Euch den Behörden zur Mitarbeit zur Verfügung. In den Fällen, wo die Ausführungsbehörden versagen, erhebt sofort **Beschwerde bei der Reichsregierung** und teilt diese Fälle den Arbeiterparteien mit.

Volksgenossen und Volksgenossinnen! Die Gewerkschaften und Genossenschaften können wohl **Vorschläge** machen, aber durchgeführt können die nur werden, wenn die werktätige Bevölkerung selbst zur Mitarbeit sich zur Verfügung stellt und für die Durchführung der Vorschläge und die Ausführung bestehender Gesetze mit sorgt.

*

Dieser Aufruf ist eine offene Anklage gegen die Arbeitsgemeinschafts- und Koalitionspolitik der Zentralinstanzen der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten. Obwohl in der Regierung Sozialdemokraten sitzen, die teils sogar selbständige Ressortminister sind, wie z. B. der Reichsjustizminister Radbruch, der preußische Innenminister Severing, ist nichts geschehen, um den Verwaltungsapparat von allem reaktionären und bureaukratischen Geist zu befreien, ist nichts geschehen, um den Wucherern das Handwerk zu legen. In den Märztagen 1921 konnte man allerdings anders. Und dann klagt man, daß der Verwaltungsapparat seinen Aufgaben nicht gewachsen ist. In dem Aufruf wird bestätigt, was wir Kommunisten immer gesagt haben, und wofür wir von der Gewerkschaftsbureaukratie stets als Hetzer hingestellt worden sind. Jetzt, wo die Kontrollausschüsse und die Betriebsräte auf den Plan getreten, nachdem die Gewerkschaften versagt haben, jetzt will man wieder einmal eine „Aktion" unternehmen, um den Arbeitern zu zeigen, daß man auch noch da ist. Diese „Aktion" wird aber genau so verlaufen wie die früheren; man wird bei den Regierungsstellen vorstellig werden, dort sich unterhalten und dann mit leeren Versprechungen wieder nach Hause kommen. Oder will man wirklich einmal energisch durchgreifen? Ach nein, denn in dem Aufruf ist ja gesagt, daß die Gewerkschaften und Genossenschaften nur Vorschläge machen können. Anscheinend hat lediglich die mächtig einsetzende Betriebsrätebewegung die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaukraten veranlaßt, einmal aus ihrer Ruhe hervorzutreten und die Dinge in „geordnete Bahnen" zu lenken. Die Arbeiter sind aber berufen, auch die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung zu benutzen und sie mit in den Kampf einzustellen gegen das herrschende Elend.

Für allgemeine Rentenerhöhung der Kriegsopfer

In der letzten Sitzung des Beirats der Hauptfürsorgestelle Merseburg wurden die Teuerungsmaßnahmen der Kriegsopfer einer scharfen Kritik unterzogen. Durch die jetzige Art der Gewährung von Teuerungszuschüssen, die nur für einen sehr geringen Bruchteil der Kriegsopfer überhaupt in Betracht kommen, werden ganz unerhörte Ausgaben an Verwaltungskosten verschlungen, so daß die Einrichtungen der Versorgungsämter und Fürsorgestellen bald zu einer Art produktiven Erwerbslosenfürsorge für die dort tätigen Angestellten werden. Der Beirat der Hauptfürsorgestelle Merseburg, der sich aus auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und der Versorgung erfahrener Personen unserer Provinz zusammensetzt, fordert deshalb in einer einstimmig angenommenen Entschließung an das Reichsarbeitsministerium eine allgemeine Rentenerhöhung für alle Kriegsopfer, um dadurch die unzweckmäßigen Ausgaben für Verwaltungszwecke zu sparen. Eine allgemeine Erhöhung der Renten aller Kriegsopfer kostet dem Reiche nicht mehr, als jetzt an Ausgaben durch die unzulänglichen Teuerungszulagen entstehen.

Die Löhne im Baugewerbe

Allen im Wirtschaftsgebiet Merseburg beschäftigten Bauarbeitern zur Kenntnis, daß sich nach Abschluß des Bezirkstarifvertrages die Löhne folgendermaßen regeln:

1. a) Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton und Mineure erhalten den jeweils vereinbarten Höchstlohn oder 100 Prozent, b) Zementarbeiter (Flechter) 98 Prozent, c) Bauhilfsarbeiter und Schlepper 96 Prozent, d) Platz- und Tiefbauarbeiter 92 Prozent des Höchstlohnes.

Demnach erhalten die unter a) fallenden Berufsgruppen ab 1. September bis 30. September 1922 einen Stundenlohn von 74,25 Mark und 1 Prozent Werkzeugzulage. Die Zimmerer erhalten eine solche von 1½ Prozent. Die unter b) fallende Gruppe erhält 72,76 Mark, die unter c) 71,28 Mark und die unter d) 68,31 Mark.

2. Jugendliche Platz-, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter unter 16 Jahren unterliegen der freien Vereinbarung. Ueber 16 bis 18 Jahre erhalten sie 10 Prozent gleich 66,83 Mark, von 18 bis 19 Jahre 5 Prozent gleich 70,54 Mark weniger als die Gelernten.

3. Volljährige Hilfs- und Tiefbauarbeiter, die noch nicht drei Monate im Beruf tätig sind, erhalten 5 Prozent weniger als unter 1. a) bis d) angeführt worden ist.

4. Junggesellen erhalten nach beendeter Lehrzeit und bestandener Prüfung vom Tage des Auslernens ab von 17 bis 18 Jahren 10 Prozent, von 18 bis 19 Jahren 5 Prozent weniger als Gesellen.

5. Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahre 10 Prozent, im zweiten 20 Prozent und im dritten 50 Prozent des jeweiligen Gesellenlohnes. Also beim jetzigen Stand des Stundenlohnes 7,40 Mark, 14,80 Mark und 37 Mark. Lehrlinge, die nach dem vollendeten 16. Lebensjahre die Lehrzeit beginnen, erhalten auf obige Sätze 10 Prozent mehr gleich 14,80 Mark, 22,20 Mark und 44,40 Mark. Hinzu kommt noch die prozentuale Werkzeugzulage.

Unsere Vertrauensleute und Delegierten sind nun verpflichtet, die sofortige Nachzahlung der erhöhten Löhne zu erwirken. Im Weigerungsfalle bitten wir um schnellste Benachrichtigung.

Die demnächst im Druck fertigen und von den Vertragsparteien unterzeichneten Bezirkstarife können frühestens Ende nächster Woche vom Verbandsbureau abgeholt werden.

Ferner weisen wir darauf hin, daß laut Verbandstagsbeschluß mit der Erhöhung der Stundenlöhne auch die Verbandsbeiträge gestiegen sind. Der Wochenbeitrag beträgt ab 37. Woche für die gelernte Gruppe, die den Höchstlohn erhält, 74 Mark, für Zement- und Hilfsarbeiter 70 Mark, Platz- und Tiefbauarbeiter 68 Mark. Maurer und Facharbeiter im Alter von 18 bis 19 Jahren zahlen 70 Mark, Zement- und Bauhilfsarbeiter 68 Mark, Platz- und Tiefbauarbeiter 64 Mark Beitrag. Die jugendlichen Flechter, Zement-, Bauhilfs-, Platz- und Tiefbauarbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren bezahlen 64 Mark Beitrag. Lehrlinge zahlen im ersten Lehrjahre 6 Mark, im zweiten 14 Mark und im dritten 28 Mark. Für Lehrlinge über 16 Jahre beträgt der Beitrag im ersten Lehrjahre 14 Mark, im zweiten 18 Mark und im dritten 44 Mark.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Merseburg,
Bureau Seffnerstraße 4.

Gute Konjunktur für Möbelindustrie

Die Möbelindustrie hat Hochkonjunktur. In Berlin sind Bestellungen größeren Umfangs kaum unterzubringen. Viele Fabriken haben ihre Erzeugungsmöglichkeit bis zum Anfang nächsten Jahres voll belegt. Woher der Segen? Gibt es nun Möbel für Arbeiterwohnungen? Ist der Bedarf danach so groß, daß die Fabriken nicht allen Ansprüchen genügen können? — Allerdings: das Bedürfnis ist sehr groß, aber die Preise halten den Absatz von Hausmöbeln in bescheidenen Grenzen. Dagegen haben die Banken nicht nur ein Bedürfnis, sondern auch viel Geld, um im großen Maßstabe Einrichtungen zu kaufen. Die Aufträge bei den Möbelfabriken stammen überwiegend von Banken, die für ihre Aus-, Auf- und Umbauten Mobiliar in kaum zu beschaffendem Umfange verlangen. Auch eine Illustration zur Not des Landes! Mögen Proletarier auf der Straße verenden, — es gibt massenhaft luxuriös eingerichtete Bankhäuser.

„Rote Hilfe"

44. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

Sammlungen: Baustelle Weiße & Freitag, Wolfen, 150 Mk.; Geburtstagsfeier des Proletenwitzs Knoll, Coddula, 120 Mk.; Genosse Gustav Richardt, Halle, 10 Mk.; gesammelt bei der Hochzeitsfeier durch Genossen Peter, Halle, 205 Mk.; öffentliche Versammlung, Burgörner, durch Genossen Lademann 246,50 Mk.; Kinderfest „Saxonia", Aue, 155,80 Mk.; Genosse Köhler, Kellner, Zeitz, 10 Mk.; gesammelt bei der Abschiedsfeier eines Kollegen der Zuckerfabrik, Zeitz, 100 Mk.; gesammelt in der Kaffeeschänke, Zeitz, durch Genossen Gerhardt 52,15 Mk.; Genosse Franz Weber, Zeitz, 12,85 Mk.; Belegschaft der Grube „Ferdinande", Sennewitz, 590 Mk.; Genosse O. Lamprecht, Wesel, 100 Mk.; E. U., Halle, 100 Mk.; Arbeiter-Fußballklub „Teutonia", Kröllwitz, 350 Mk.; Silberne Hochzeit bei Krampa, Halle, 83 Mk.; von einem bekannten Kapellmeister durch Genossen Kutschbauch, Halle, 50 Mk.; Tellersammlung beim Erntefest, Trölitz, 47 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität", Langenbogen, 87,50 Mk.; Genosse Böttge, Wimmelburg, 113 Mk.; Arbeiter-Turnverein, Oppin, 276,85 Mk.; Coddulaer Jugend durch Genossen Thieme 103 Mk.; gesammelt beim Kränzchen des Sportklubs 1920, Delitzsch, 208,50 Mk.; Schießverein „Freischütz", Delitzsch, 100,85 Mk.; Ueberschuß vom Telephongespräch Berlin durch Genossen Menzel, Halle, 70 Mk.; Unterhaltungszirkel „Freundschaft", Halle, durch Genossen Mittelbach 110,60 Mk.; Fa. Fürstenhaupt, Naumburg, durch Genossen Wipprecht 568 Mk.; gesammelt auf der Agitationstour nach Sennewitz des 18. Distrikts, Halle, abgeliefert durch Genossen Albert Loße 651 Mk.; Genosse Samuel, Halle, 50 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein, Großtreben, 250 Mk.; Ortsgruppe Prettin 102,60 Mk.; Genosse Lindner, Groß-Osterhausen, 250 Mk.; Freie Turnerschaft, Hohenleipisch, 286 Mk.; Genosse Menzel, Halle, 10 Mk.; Arbeiter-Sängerchor, Artern, 500 Mk.; Genosse Rummel, Mielsleben, 20 Mk.; Genosse Preuser, Halle, 10 Mk.; gesammelt im „Lindenhof", Kröllwitz, bei der Betriebsversammlung 473 Mk.; gesammelt beim Vergnügen der Reinschen Geschirrführer, Osmünde, 304 Mk.; Grünert, Frankleben, 92 Mk.; Arbeiterverein „Ambrosia", Merseburg, 320 Mk. und 344,50 Mk.; Arbeiter-Turnverein, Zwintschöna, 300 Mark; gesammelt bei der Volksversammlung der Ortsgruppe Schießzig 150 Mk.; Gewerkschaftsfest, Passendorf, 500 Mk.; Ortsgruppe Passendorf 141 Mk.; Gewerkschaftskartell, Könnern, durch Genossen Bethge 500 Mk.; Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit", Könnern, durch Genossen Bethge 430 Mk.; gesammelt beim Bauarbeitervergnügen, Delitzsch, durch die Genossen P. Pfordte und Fr. Nabe 246 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität", Eisleben, durch Genossen Karl Marktott jun. 314 Mk.; Amnestieversammlung, Eisleben, 1130 Mk.; Arbeiter-Turnverein, Gleisen 600 Mk.; Arbeiter-Gesangverein, Wiedemar, 240 Mk.; gesammelt beim Erntefest, Gleisen, 225 Mk.; Kegelklub „Schwarze Esse", Gleisen 100 Mk.; Genosse Paul Meißner, Brehna, 53 Mk.; Schornsteinbauer der Firma Heinicke, Zschornewitz, 778 Mk.; gesammelt bei der Extratour des Arbeiter-Gesangvereins „Liederhain", Zschornewitz, 147,05 Mk.; Radfahrerfest, Sürritz, 245 Mk.

Marken: Alte Zementbude, Baustelle Lingesleben, Nietleben, 220 Mark; Ortsgruppe Golpa 12 Mk.

Karten: Ortsgruppe Asleben 110 Mk.; Ortsgruppe Aue 200 Mk.

Listen: Listen Nr. 40a, b, c A.-G. Bauausführung, Baustelle Lindner, Ammendorf 719 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD., Abteilung II.
Sämisch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220918-14/fragment/page=0003

Rotzisch

Plakatabreißer. Wie überall in den Tagen der „Roten Woche" riß man auch hier die Plakate der Kommunistischen Jugend herunter. In Rotzisch aber fehlten den Stahlhelmlumpen der Mut, die Plakate selbst zu entfernen, da sie die schwierigen Arbeiterfäuste fürchteten. Daher benutzte der Lehrer Hohmann seine Schulstunde und die Schulkinder, um Propaganda für den Abrißfeldzug zu machen. Er gab sogar noch Anweisung, wie man es am besten macht, wenn man nicht hinaufreichen kann und was für Werkzeuge man dazu benutzt. Unsere Jugendgenossen, die den Reaktionär darüber zur Rede stellen wollten, wurden abgefertigt mit den Worten: „Ihr seid wohl dumm, ich werde alle die Kinder, die Euch das wieder erzählt haben, tüchtig verhauen, daß sie in Zukunft das Klatschen lassen." Was gedenkt der Elternbeirat zu tun, um solche Elemente aus der Schule zu entfernen? Hieß es nicht in den Tagen des Rathenaumordes „Reinigung der Schulbehörden von reaktionären Elementen"?

Delitzsch

Der USPD.-Stadtverordnetenvorsteher liefert einen Jungkommunisten dem Kadi aus. Im Juni d. J. hatte die Kommunistische Jugend für die Lernmittelfreiheit vor dem Stadtverordnetensitzungssaal demonstriert, und war deshalb von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse übel angepöbelt worden. In einem Brief an das Stadtverordnetenkollegium stellte sie die Sache klar und drückte ihr Mißfallen über den Verrat an der Arbeiterklasse aus, den die Sozialisten beiderlei Schattierungen durch Niederstimmung unseres Antrages verübt hatten. Der Brief sagt im letzten Satze, daß die KJ. in entsprechenden Fällen wieder demonstrieren wird, empfiehlt aber dem Kollegium, sich für solche Fälle „eine Bannmeile zu schaffen, um gewisse Herren nicht in zu starke Unruhe zu versetzen, sintemalen keine Souffleurkästen da sind, in die man sich verkriechen kann". „Getroffene Hunde bellen", heißt es im Sprichwort. Herr Buhle von der USPD. glaubte, er sei gemeint, weil in der Delitzscher Arbeiterschaft ein solches Gerücht über ihn umgeht. Die Kommunistische Jugend hatte aber keine bestimmte Person genannt, meinte allerdings jene „Arbeiter", die das getan haben. Zunächst sollte die Angelegenheit durch ein Schiedsgericht zwischen beiden Parteien erledigt werden. Die KPD. war im Prinzip damit einverstanden, verlangte jedoch Oeffentlichkeit. Das scheute die USPD., und so zog sie zum Kadi. Dort stellte der Herr Stadtverordnetenvorsteher den ganzen Fall klar. Er bewies, daß er kein Verräter an der Arbeiterklasse sei, denn seine Worte: „Ich stehe und falle mit der Arbeiterschaft", seien nur aufzufassen als ein Bekenntnis. Nicht würden sie aber bedeuten, daß er gegebenenfalls mit Waffengewalt gegen die herrschende Klasse kämpfen würde. Diese Erklärung vor Gericht bewies uns, wes Geistes kind Herr Buhle ist; Klassenkampf mit Entschlossenheit zu führen, lehnt er nach Aussage vor dem Richter ab. Damit ist für ihn der Weg gefunden zum Bürgertum; solche Jünger werden Herrn Stinnes allezeit lieb und wert sein. Das Gericht stellte sich natürlich auf die Seite des Stinnesjüngers und sprach den damaligen Vorsitzenden der KJ. für schuldig. 500 Mark sollen das schwere Verbrechen sühnen. Uns wundert nur, daß Herr Buhle, als er in den Tagen des Kapp-Putsches dieser feigen Handlung in einer öffentlichen Versammlung bezichtigt wurde, nicht den Mut fand dagegen Sturm zu laufen. Damit tötet man nicht unsere revolutionäre Gesinnung. Nein, sie sind ein neues Lorbeerblatt um den Kopf ehrlicher Revolutionäre. Eine andere Justiz wird einst ein anderes Urteil sprechen.

Zwochau

Die Jugend bricht sich Bahn! Am 13. September fand auch in Zwochau eine Gründungsversammlung der Kommunistischen Jugend statt. Genosse Baumgärtel (Delitzsch) referierte über das Thema: „Was will die Kommunistische Jugend?" Etwa 30 Burschen und Mädels schlossen sich der KJ. an. Immer größere Massen werden sehend und sammeln sich zum Kampfe gegen den Kapitalismus, bis der Sieg endlich errungen ist.

Staßfurt

Der Staßfurter „Miesbacher", Hottenrodt, Herausgeber der antisemitischen „Mitteldeutschen Presse", die erst kürzlich wiederholt verboten worden war, ist jetzt wegen Beleidigung des Staßfurter Bürgermeisters und eines jüdischen Kaufmanns zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Alvensleben

Schwere Bluttat. Die Ehefrau des Steinmetz Kagelmann hat am Freitag ihren 10jährigen Sohn Rudi mit der scharfen Seite eines Beiles den Kopf auseinandergeschlagen, so daß er sofort tot war. Die wahnsinnige Mutter ist nach der Tat in den nahe gelegenen Wald gelaufen. Man nimmt an, daß sie sich in dem alten Hundisburger Steinbruch ertränkt hat.

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Verbandsstraße 14. Fernsprecher 1475. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftsstd.: Täglich 5 bis 7 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Verbandsstraße 14, Fernspr. 1475. Geschäftsstd.: Täglich 5 bis 7 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Fraktion der Metallarbeiter und Betriebsvertrauensleute. Dienstag, 19. September, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.**

Halle-Saalkreis.

Teiche. Dienstag, 19. Septbr., abends 8 Uhr, bei Gottschalg in Löbejün: **Mitgliederversammlung.**

Annendorf. Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, im Hotel: **Gr. Funktionärversammlung.** Mitgliedsbuch legitimieren.

Kreis Bitterfeld.

Wolfen. Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, im Gasthof von Woch: **Mitgliederversammlung.**

Kreis Merseburg.

Neumark. Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, in Schumanns Gasthof in Neumark: **Betriebsräte- und Funktionärkonferenz.**

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Deutsch. Bauarbeiterverband.

Bezirksverein Halle.

Mittwoch, 20. September, abends ½8 Uhr, im „Hofjäger" (Mittelzimmer):

Sitzung der Baudelegierten und des erweiterten Vorstandes.

Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch und Ausweiskarte.

3563 **Die Ortsverwaltung.**

Die Zuchthausketten müssen fallen!

Einakter für Arbeiterbühnen v. D. Benter.

Preis 3 Mark.

Da das Stück seiner großen Inszenierung bedarf, eignet es sich sehr gut zur Aufführung durch Arbeitervereine. Wie es bis jetzt aufgeführt wurde, fand es großen Beifall.

Zu beziehen durch die

Bezirks-Zentralbuchhandlung,

Halle, Lerchenfeldstr. 14

und deren Filialen.

Wohnungstausch.

Wohnung in Zeitz (2 Stuben, Kammer, Küche, Speisekammer) gegen gleiche in Halle **zu tauschen gesucht.** Schriftliche und mündliche Offerten unter **„Wohnungstausch"** an den Verlag „Klassenkampf" erbeten. 3561

Bekanntmachung.

1. Nachtrag zur Verordnung vom 8. August 1922 über die Regelung des Verbrauchs von Brot und Mehl.

Auf Grund der §§ 35 und 49 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 wird die obenerwähnte Verordnung mit Wirkung vom 18. September 1922 wie folgt geändert.

Der Höchstpreis für:

1800 g Roggenbrot beträgt	34,00 M
85 g Roggenbrot beträgt	1,60 M
85 g Weißbrot beträgt	1,95 M
850 g Kranlenbrot beträgt	21,00 M
85 g Kranlenbrot beträgt	2,10 M
1328 g (gleich 1 Brotmarke) Roggenmehl	24,00 M
1328 g (gleich 1 Brotmarke) Weizenmehl	25,50 M
1328 g (gleich 1 Brotmarke) Kranlenmehl	28,50 M

Halle, den 14. September 1922.

Der Magistrat. 3559

U.T. Leipziger Str. 88. — W.T. Walhalla-Lichtspiele-Theater. — U.T. Alte Promenade 11a

Aus dem Schwarzbuche eines Polizeikommissars. Betrogene Betrüger: 4 spannende Akte. Der große tück. Film **Der Ruf der Sünde.** Drama in 5 Akten. Abendvorstellg. 8 Uhr.

Labyrinth des Grauens Drama in 6 Akten mit Lucy Doraine. **Kindesunterschiebung** Groteske in 2 Akten. **Von Parteikirchen nach Mittenwald.** Abendvorstellung 8.20 Uhr.

Zwischen zwei Welten oder **Das Geheimnis v. San Francisko.** Schausp. in 6 Akten. **Die schwarze Pantherin** Drama in 6 Akten n. d. Bühnendrama **Das Panthermeib.** Abendvorstellg. 8 Uhr.

Beginn in sämtlichen Theatern 4 Uhr. 3568

Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten
G. m. b. H. Berlin SW 61

Wichtige Neuerscheinung:

ROSA LUXEMBURG

Koalitionspolitik oder Klassenkampf

Aus dem Inhalt:
Einleitung von PAUL FRÖLICH
Eine taktische Frage
Die sozialistische Krise in Frankreich
Die Regierung der republikanischen Verteidigung
Zum französischen Einigungskongreß
Der Abschluß der sozialistischen Krise in Frankreich

In dieser Schrift zeigt Rosa Luxemburg an einem französischen Beispiel die verderblichen Wirkungen der Koalitionspolitik für die Arbeiterklasse.

Für die aktuelle Politik von größter Bedeutung!

Preis 150 Mark
Organisationsausgabe 100 Mark
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Abt.: Zentr.-Buchhandlg., Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, und deren Filialen.

*718

Bücher und Zeitungen, per Kilo Mk. 22,00
Kupfer, per Kilo 200,00 — Lumpen, per Kilo 15,00
Messing „ „ 90,00 — Altpapier „ „ 12,00
Blei „ „ 65,00 — Wolle „ „ 65,00
Zink „ „ 60,00 — Alteisen, per Kilo 10-12,00
Kaninfelle, per Stück bis Mk. 65,00
Ziegenfelle, „ „ „ „ 500,00
Hamsterfelle, „ „ „ „ 100,00

Nur
82-83 Freiimfelder Straße 82-83,
20 Lauchstaedter Straße 20.

Rohprodukten Albin Schondorf.

— Bei Metall bitte Personalausweis. —
Reelles Gewicht. Reelle Bedienung.
Fernruf 9063. 3565

Der Knüppel!
liegt nicht weit vom Hunde!

Die Firma, welche mir mit unserer **Warnung** treffen wollten, hat sich bereits am Sonnabend gemeldet. — Wir zahlen immer noch

reell folgende Preise:

Papierabfälle kg	15	Büch. u. Zeitung. kg	20
Lumpen . . . „	15	Woll. Strumpfabfälle „	70
Schmiedeeis. kurz u. blechfrei	12	Schafwolle . . „	150
Kupfer . . . . „	220	Ia. Maschinenguß „	18
Rotguß . . . . „	160	Blei . . . . . „	90
Messing . . . „	120	Zink . . . . . „	90

Paul Theuring

Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H. 3567
Nur Triftstraße 24. — **Gr. Brunnenstr. 61.**
Augustastr. 17, Hof. — Liebenauerstr. 166, Ecke Wolfstr.
Tel. 5659. **Breitestraße 34.** Tel. 4363.

Bei Verkauf von Metallen ist ein Personenausweis mitzubringen.

Händler und Industrie erhalten Vorzugspreise.

Preiserhöhung!

Infolge der riesigen Steigerung aller Material- u. Herstellungskosten sind wir gezwungen, mit Wirkung vom **20. September 1922** ab unsere sämtlichen Preise erneut um **50%** zu erhöhen

Verlag der Kommunist. Internationale
Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten G. m. b. H.
BERLIN SW61 *28

Zu höchsten Preisen verkaufen Sie
Gold-, 637
Silber- und Platin-Bruch bei
A. Föllner, Ludwig-Wucherer-Straße 47, III.
Fernruf 3037. — Taxieren kostenlos.

Nur noch kleiner Posten
Fabrikhandtücher, gesäumt, 1 Meter lang, Mk. **65,00.**
Leinene, farbige **Dam.-Unterröcke** Mk. **350,00.**
Damen-Hemden, beste Qualität, pa. breite Stickerei, weit u. lang, Mk. **600,00.**
Reinke, Leipziger Straße 55, I (am Riebeckplatz) 3536

Werbt für die Prod.-Genossensch.

Ehrenerklärung. 3538

Die von mir gegen die Ehefrau **Emma Böer** ausgesprochen Verleumdung und Verdächtigung nehme ich hiermit reuevoll, weil unwahr, zurück.

Osmünde, den 15. Sept. 1922.

Frau Alma Müller.

Familien-Nachrichten

Für die herzliche Anteilnahme beim Heimgange meiner lieben Frau und Mutter sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Walter Bohlmann
und Tochter **Hildegard.** 3562

Stadt-Theater.
Dienstag, den 19. Sept., Anf. 7½, Ende nach 10:
Die Bohème
Oper von Puccini
Mittwoch: 3564
Die Walküre.

Halt! Kleine Anzeigen!
Wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier ihren Erfolg!

Licht-spiele C.T **Licht-spiele**
Am Riebeckplatz. Gr. Ulrichstr. 51.

Ungeheuer war der gestrige Andrang! Hunderte mußten wieder umkehren! Noch viel größer war der tosende Beifall! Entzückt und begeistert das gesamte Publikum über die Groß-Spielpläne in beiden Theatern.

3566 **Das Liebesnest** II. Teil (Schluß). Dazu: **Das Rendezvous um Mitternacht.** Eine entzückende Operette in 1 Akt. **Musik von Dr. K. Knauer.** In den Hauptrollen: Grete'l Pirko, Werner Bernhardy und Erna Friebe. — Beginn 4 Uhr —

Der ungekrönte König (Vom Diener zum Herrscher). Ferner: **Karlchen auf der Wanderschaft.** Tolles Lustspiel in 3 Akten. Dazu: **„Er" und die Polizisten.** !! Tränen werden gelacht !! Einlaß 3.30 Uhr. Beginn 4 Uhr.

Besuchen Sie möglichst die Nachmittags-Vorstellungen, da erfahrungsgemäß der Andrang zur letzten Vorstellung nicht zu bewältigen ist.

Werbt für den Klassenkampf!

Eisleben.

Stadtverordneten-Versammlung

am Freitag, den 22. September 1922, nachm. 4 Uhr, im Stadtverordneten-Sitzungssaale des Rathauses.

Oeffentliche Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Wahl eines Wohlfahrtsausschusses.
3. Wahl eines Mitgliedes in den Ausschuß über die Windsteiße Bibliothek.
4. Erhöhung der Wiegegebühren für die Ratswage und Erhöhung der Entschädigung für den Wiegemeister.
5. Erhöhung der Hundesteuer.
6. Genehmigung des Ortsstatuts betreffend die Entrichtung von Beiträgen für die Herstellung und Unterhaltung von Straßen, Bürgersteigen usw.
7. Genehmigung einer neuen Friedhofsordnung.
8. Aenderung des Tarifs betreffend die Erhebung von Marktstattgebühren.
9. Genehmigung eines neuen Ortsstatuts über die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten.
10. Vereinigung der gesamten stadtärztlichen Tätigkeit.
11. Einführung der Berufsvormundschaft.
12. Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen.
13. Erhöhung des Pauschsatzes an die Schulhausmeister für die Reinigung der Schulen.
14. Uebernahme besonderer Bedingungen bei der Verleihung einer Lehrerin.
15. Vergebung von städtischen Aufträgen.
16. Genehmigung und Festsetzung der Haushaltpläne für 1922.
    a) der Mittelschulkasse,
    b) der Knabenoberschulkasse,
    c) der Mädchenvolksschulkasse,
    d) der Hilfsschulkasse,
    e) der katholischen Volksschulkasse,
    f) der gewerblichen Berufsschulkasse,
    g) der hauswirtschaftlichen Berufsschulkasse,
    h) der Krankenhauskasse,
    i) der Kasse der Wohlfahrtsverwaltung,
    k) der Kasse der städt. Entwässerung,
    l) der Kämmereikasse.

Geschlossene Sitzung.

1. Besetzung der Stelle eines Vormundsvormundes.
2. Anrechnung von Dienstjahren für ein Magistratsmitglied.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
625 gez. Christange.

Bekanntmachung.

Berichtigung. Der Vollmilchpreis bei direkter Abgabe vom Erzeuger an den Verbraucher darf nicht 23 Mk., sondern nur 22 Mk. betragen.

Eisleben, den 15. September 1922.

624 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220918-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 18. September 1922

Herr Staatsanwalt Mosler, Sie haben das Wort

Bezugnehmend auf das Schreiben des Oberstaatsanwaltes Dr. Mosler zur Tötung des Pludra hätte ich folgendes zu bemerken:

Am 15. April 1920 hatte ich vom Fenster meiner Untersuchungszelle am Kirchter aus die Gelegenheit, das Gespräch der beiden Spitzel Hartung und Langer zu belauschen. Unter vielen anderen schönen Sachen hörte ich, wie Hartung zu Langer sagte: „Du, Paul, da du morgen rauskommst, so gehe zum Leutnant Schaum, Kuttelhof 7 a. Bei diesem erkundige dich nach dem kleinen Märker, Portstraße. Das ist zwar nicht sein richtiger Name, aber er ist ein forscher Junge. Der geht druff. Das ist der in Sache Pludra!“ Langer erwiderte darauf: „Ach so, ich verstehe! Liebenauerstraße, Frühstücksbrot in der Tasche.“ (Bekanntlich wurde Pludra früh mit dem Frühstücksbrot in der Tasche in der Liebenauerstraße tot aufgefunden.) Da nach meinem persönlichen Empfinden die hallische Staatsanwaltschaft, an der Spitze der Oberstaatsanwalt Dr. Mosler, sehr eifrig bei der Verfolgung von Mordtaten ist — denn das ist doch erwiesen, haben sie doch uns, drei Familienväter, 10 Monate lang in Untersuchungshaft geholten, angeblich, weil wir den Spitzel Hartung um die Ecke hätten bringen wollen —, so glaubte ich und war naiv genug dazu, dem Staatsanwalt Dr. Mosler eine diesbezügliche Anzeige über das Gehörte machen zu müssen. Damals war ich allerdings der Meinung, daß eine Verfolgung des Mörders des Pludra stattfände. Heute ist mir das klar. Der Oberstaatsanwalt Dr. Mosler hatte keinen Einfluß auf das Militärgericht, wo angeblich ein Ermittlungsverfahren schwebte. Sonderbar!

Heute möchte ich den Oberstaatsanwalt Dr. Mosler hiermit öffentlich fragen: „Haben Sie die Spitzel Hartung und Langer auf meine damalige Anzeige vernommen oder haben Sie das Militärgericht davon in Kenntnis gesetzt, daß der Spitzel Hartung über die Tötung des Pludra Bescheid weiß, damit seine Vernehmung vor dem Militärgericht stattfinden konnte?“

Carl Schmidt, Malermeister, Hafenstraße 40.

Das Finanzamt — ein säumiger Schuldner

Ein säumiger Schuldner ist das Finanzamt Halle bzw. die städtische Steuerkasse. So schnell es die Steuern der kleinen Leute einzutreiben weiß, so viel Zeit läßt es sich, wenn es sich darum handelt, zuviel gezahlte Steuern dem Steuerzahler zu erstatten. Im Juni 1922 geruht es, zu bemerken, daß ein Mensch um 300 Mk. zu hoch besteuert worden ist für das Steuerjahr 1921 und benachrichtigt ihn von dieser Entdeckung. Er läuft freudig erregt zu Finanzamt und Steuerkasse und zieht wieder ab mit dem Bescheid, daß die Auszahlung durch den Steuerboten erfolge. Nun ist es September, und die 300 Mark liegen immer noch in der Steuerkasse. Wenn der Steuerzahler sie erhält, sind die seit April 1922 wahrscheinlich auf ein Zehntel ihres damaligen Wertes gesunken. Schade, daß man sie nicht zwangsweise einziehen kann!

Bestrafte Wucherer

Der Inhaber eines Konfektionsgeschäfts Schlesinger hatte Ende vorigen und Anfang dieses Jahres für Kaketzungen, die ihm im Einkauf 5,80 Mk. kosteten und deren Verkaufspreis 7 Mk. betrug, 10 Mk. gefordert, andere Verkaufspreise von 2,30 Mk. auf 6,50 Mk. und von 16 auf 24 Mk. Er wurde zu 3000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Kaufmann Krieg hatte wegen Kettenhandels mit Weizen einen Strafbefehl von 75 000 Mk. erhalten, das Wuchergericht setzte die Strafe auf 50 000 Mk. herab.

Die Kaufleute Borjes und Gothe haben die Tabakpreise teilweise bis zu 200 Prozent erhöht. Sie erhielten jeder 1000 Mk. Geldstrafe.

Das sind so die Praktiken des Wuchergerichts. Statt dieses Wucherpack ins Zuchthaus zu sperren, werden sie mit lächerlich geringen Geldstrafen, die direkt zum weiteren Wucher anreizen, bestraft.

Was alles in der Straßenbahn liegen bleibt

In der Zeit vom Juni—Juli 1922 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden:

21 Schirme, 13 Stöcke, 14 Portemonnaies mit Inhalt, 19 Paar Handschuhe, 2 einzelne Handschuhe, 2 Mützen, 4 Hüte, 1 Opernglas mit Futteral, 1 Brille, 2 Klemmer mit und ohne Futteral, 8 Frühstückstaschen, 3 Geldscheintaschen mit Inhalt, 2 Brotbeutel, 2 Feldflaschen, 3 Mantelgürtel, 1 Rucksack, 1 Bluse, 1 Haarpfeil, 1 Reisetäschen, 1 Notenständer, 1 Bibel, 1 Buch, 1 Rocknadel, 1 Paar Strümpfe, 1 Wachstuchtasche mit einer Bluse, 1 Segeltuchtasche mit 2 Jackets, 1 Medaillon, 1 Familien-Stammbuch, 1 Schachtel mit 2 Trauringen, 1 Zigarettenspitze, 1 Notenbuch, 5 Schlüssel, 1 Beutel mit Schlüssel, 3 Aktentaschen, 2 Markenetze, 1 Unterhose, 1 Paket mit Sohlen, 4 Pinsel.

Die Empfangsberechtigten werden unter Hinweis auf §§ 990, 981 BGB. ersucht, ihre Rechte in unserem Fundbureau, Berliner Straße 1, innerhalb einer Frist von drei Monaten vom heutigen Tage an gerechnet, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert. Der Zeitpunkt der Versteigerung wird seinerzeit bekanntgegeben.

Die öffentliche Versteigerung der in den Monaten Januar bis April 1922 gefundenen, nicht abgeholten Stücke findet Mittwoch, den 13. September, vormittags 8½ Uhr, in der Wagenhalle, Berliner Straße 1, statt.

* **Berhöhnung.** Nach Mitteilung des Statistischen Amtes beträgt die vom Preußischen Statistischen Landesamt für die Stadt Halle berechnete Teuerungszahl (das heißt der Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für eine fünfköpfige Familie, bestehend aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 1½ Jahren auf die Dauer von 4 Wochen) im August 1922 6352 Mark. Im Vergleich hierzu lautet die Teuerungszahl für Juli 1922 4664 Mark, für August 1921 947 Mark. Die amtlichen Teuerungszahlen haben die Tendenz, den wahren Stand der Teuerung zu verschleiern, um den Unternehmern in ihrem Kampf gegen die Arbeiterschaft Material zu geben. Wir möchten diesen sonderbaren Rechenkünstler des Statistischen Landesamtes sehen, der mit einer fünfköpfigen Familie im Monat August mit 6352 Mark ausgekommen ist. Die Arbeiterschaft wäre ihm sehr dankbar, wenn er dieses Rezept der breitesten Oeffentlichkeit unterbreiten würde. Ob beim Niederschreiben dieses offenbaren Schwindels sich nicht die Feder gesträubt hat? Die statistischen Aemter stehen alle, ob bewußt oder unbewußt, in Diensten der Kapitalisten, wie ja die gesamte Regierung. Der ganze Reichsindexschwindel ist nur eine Verhöhnung der Arbeiterschaft.

* **Der Jungdeutsche Orden in Preußen endlich aufgelöst.** Die Polizeiverwaltung macht bekannt: Auf Grund des § 14, Absatz 2, in Verbindung mit § 7, Ziffer 4, 5, 6 und § 8, Ziffer 1 und 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 (RGBl. S. 585), habe ich den Jungdeutschen Orden (Sitz in Kassel) mit allen seinen Unterorganisationen (Gesellschaften, Bruderschaften und Balleien) in Preußen aufgelöst. — Auf dem Papier ist der Jungdo schon lange aufgelöst, er lebt aber ruhig im Verborgenen weiter. Es gibt ja jetzt soviel neugegründete Kegel-, Sport- und Wohltätigkeitsvereine.

Epidemische Magen- und Darmerkrankungen infolge Aushungerung

Im „Berl. Tageblatt“ äußert sich Prof. Dr. Strauß über die neuerdings wieder sehr stark auftretenden Magen- und Darmerkrankungen. Es heißt da:

Kurz nach Beendigung des Krieges machte sich als eines seiner Erbübel die Ruhr in zahlreichen Einzelfällen und nicht selten epidemisch sehr störend bemerkbar. Sie wurde meistenteils von Soldaten eingeschleppt und fand in der unterernährten Bevölkerung den günstigsten Nährboden. Die Kriegsruhr, unter der wir Aerzte eine leichtere Form der eigentlichen Ruhr verstehen, erschlaffte allmählich; die Volksgesundheit hob sich wieder durch die bessere und reichhaltigere Nahrung. **Jetzt verschlechtern sich unsere Ernährungsverhältnisse leider und drohen wieder zu dem Tiefstande zu gelangen, auf dem sie während und kurz nach dem Kriege sich befanden.** Hinzukommen andere ungünstige Lebensbedingungen, die das Übel verschärfen.

Entscheidend sind, soweit ich sehe, besonders zwei Ursachen: **die Amerikanisierung unseres Geschäftslebens und die unerhörte Teuerung.** Die durchgehende Arbeitszeit hat neben unzweifelhaften Vorteilen den großen Nachteil, daß sie Tausende von Leuten zwingt, jahrelange Lebens- und Ernährungsgewohnheiten aufzugeben. Die warme Mittagsmahlzeit wird auf eine oft unbestimmte Abendstunde verlegt, von vielen aber sogar ganz ausgelassen. Diese Unregelmäßigkeit der Lebensweise kann der Magen ohne dauernde Schädigung nur dann ertragen, wenn durch die sonstigen Lebensbedingungen ein genügender Ausgleich geschaffen wird. Die meisten im Berufsleben stehenden Personen sind **zu stundenlangem Fasten gezwungen und neigen naturgemäß dazu, bei den wenigen Mahlzeiten den Magen zu überfüllen.** Vom ärztlichen Standpunkt aus ist diese Lebensgewohnheit als äußerst schädlich zu verwerfen. . . . Die einzelne Aufnahme stark sättigender Speisen, wie Brot, Kohl, Hülsenfrüchte, in großen Mengen genossenes Obst, Kartoffeln usw., befördert das Übel. Aber leider sind nun viele durch die Teuerung gezwungen, sich **ausschließlich mit stark sättigender und schwerer, aber nicht sonderlich nahrhafter und hochwertiger Kost zu ernähren.** Die Folge davon ist die neuerliche Anhäufung der Magen- und Darmerkrankungen in einem Maße, die beunruhigend wirken muß. Es steht zu befürchten, daß verderbliche Kriegserscheinungen, die bereits für überwunden gelten durften, von neuem auftreten werden. So gelangen Erkrankungen des Dickdarms, die im Kriege eine sehr häufige Wirkung des gesundheitsschädlichen Brotes waren, wieder zahlreich zur Beobachtung und Behandlung. **Am häufigsten sind aber jetzt die nervösen Magen- und Darmleiden,** eine unmittelbare Folge unserer schwieriger Wirtschaftsverhältnisse, die wie eine schwarze Wolke über der Mehrheit des Volkes lastet und den wenigsten vergönnt, sich von ihrer Arbeit richtig auszuruhen. Diese benutzen ihre freie Zeit, statt zur Erholung, wie in normalen Zeiten, zu **Nebenverdiensten, um der Not etwas zu begegnen. Diese Mehrbelastung untergräbt langsam die Nervenkraft,** und führt damit auch Störungen der empfindlichen Verdauungsorgane herbei, die, wenn die angeführten Ursachen nicht rechtzeitig behoben werden, zu tiefer greifenden Veränderungen, beispielsweise geschwürähnlichen Bildungen, den Anlaß geben können. Bei allen derartigen Erkrankungen ist die Grenze zwischen organischen und nervösen Leiden selbst für den erfahrenen Spezialisten nur sehr schwer zu ziehen.

Dr. Strauß empfiehlt gegen die Erkrankungen folgende gut gemeinten Regeln:

Morgens, wenn möglich, eine reichhaltige, in Ruhe eingenommene Mahlzeit, die für mehrere Stunden ausreicht. Zu fordern ist, wenn auch nur wenige sich es leisten können, **ein Ei, eine gute Suppe, Kakao mit beleztem Brot oder ähnliches.** Es ist besser, kleine und häufige Mahlzeiten einzunehmen, als wenige und große. Die warme Hauptmahlzeit soll keinesfalls fortfallen. Wenn man sie auf den Abend verlegt, soll man ohne Hast essen und sorgfältig kauen. **Nach der Hauptmahlzeit ist ein halbbis ganzstündiges Ausruhen durch Niederlegen von großer Wichtigkeit;** wer die Zeit dazu nicht erübrigen kann, soll wenigstens 10 bis 15 Minuten durch Sitzen sich ausruhen.

•

Die Arbeiter wissen nun, was sie zu essen haben: ein Ei kostet ja nur die Kleinigkeit von 16 Mk., eine gute Suppe, die für mehrere Stunden ausreicht, wird auch nicht schwer zu beschaffen sein. Wir empfehlen insbesondere Hühnersuppe, Ochsenschwanzsuppe usw. Kakao ist sehr vorteilhaft, kostet auch nur 60 Mk. das Viertelpfund. Die Wurst zum Belegen der Butterbröte: 220 bis 300 Mk. das Pfund.

Nein, nein! Das alles ist ja schon Schiebereessen und kommt für Arbeiterfamilien kaum noch in Frage. Sie sind also verurteilt, infolge der Aushungerung nach und nach, langsam aber sicher zu erkranken, bis sie den Erkrankungen erliegen. Und doch ist auch gegen den Würgengel Teuerung ein Kraut gewachsen, das heißt: **Selbsthilfe der Arbeiterschaft!**

* **Deutsche Lümmel.** Ein Leser unseres Blattes schreibt uns: Welcher Haß in bestimmten Schichten „Deutscher Patrioten“ gegen die Ausländer herrscht, zeigt ein Erlebnis, das ich am Freitag auf dem Bahnhof in Halle hatte. In einem Kupee zweiter Klasse des 4.35 Uhr nach Leipzig fahrenden Personenzuges waren zwei Plätze mit Sachen belegt. Ein junger Ausländer steigt höflich auf das Trittbrett und fragt, ob noch ein Sitzplatz frei sei. Darauf sagt der an der Tür sitzende Mann: „Fahren Sie doch vierter Klasse“ und seine ihm gegenübersitzende Ehefrau „Lassen Sie doch einen Viehwagen anhängen“. Der Ausländer ging wortlos nach einem anderen Abteil. So sind die deutschen Lümmel. Sie schröpfen die Ausländer, wenn sie bei ihnen kaufen, sie beugen ihre Buckel, wenn sie als finanzkräftige Auskäufer zur Leipziger Messe oder sonst zu ihnen kommen. Wenn sie aber für ihr Geld auch die Transportmöglichkeiten in Deutschland benutzen wollen, dann werden sie auf eine solche, im Ausland ungewöhnte Art, behandelt.

* **Eine Stadtverordnetensitzung** findet heute Montag, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Gründung einer Stadtschulinspektorstelle. 2. u. 3. Bewilligung von Beihilfen. 4. Verpachtung des städtischen Anschlagwesens. 5. Zuschlag zur staatlichen Wohnungsbaubgabe. 6. Erhöhung des Schulgeldes. 7. Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. 8. Weiterverpachtung der Thaliasaal-Gastwirtschaft. 9. Ausgabe von Notgeld. 10. Erhöhung des Ausgleichszuschlags. 11. Pachtvertrag betr. Luftbad in den Pulverweiden. 12. Antrag auf Aenderung von Straßennamen. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

* **Die Mitglieder aller Gruppen des Deutschen Transportarbeiterverbandes (Verkehrsbund)** werden hierdurch nochmals auf die am Dienstag, dem 19. September 1922, abends ½8 Uhr im „Volkspark“ stattfindende allgemeine Generalversammlung hingewiesen und zu zahlreichen Besuch aufgefordert. Unter anderen wird der Bericht vom 11. Verbandstag gegeben. Mitgliedsbuch legitimiert.

* **Die Einführung verbilligter Rückfahrkarten und Tagesrückfahrkarten** ist von der Eisenbahnverwaltung abgelehnt worden, weil der Nutzen — nach Ansicht der Eisenbahnverwaltung — nur gering ist und der hohen Verwaltung — technische Schwierigkeiten bereitet. Dagegen wird den Reisenden I. Klasse jede Erleichterung zuteil.

Theater und Konzerte

Stadttheater-Sinfonie-Konzert

Berlioz, der Schöpfer der Programmmusik, war der Vorgänger von Franz Liszt. In das Schaffen beider konnten wir im gestrigen Konzert einen Einblick bekommen: „Römischer Karneval“ und „Tasso“. Und dann noch — Wagners Frühwerk, die Rienzi-Ouvertüre.

Die Hauptleistung der Veranstaltung, Richard Strauß: „Alpensinfonie“ gestaltete sich zu einer mächtigen (und man muß sagen) guten Kraftprobe für Kapellmeister wie Orchester. Richard Strauß (geboren 1864) unter dem Einfluß von Alexander Ritter immer extremer werdend, besitzt eine ungeheure Beherrschung der raffiniertesten orchestralen Mittel. Es ist hier nicht der Ort, sich über die unerschöpflichen Feinheiten der Partitur dieses gewaltigen Naturgemäldes zu verbreiten.

Die äußerst straffe Durchführung aller dargebotenen Werke war ein tüchtiger Beginn des diesjährigen Konzertplanes. K. W.

* **Die proletarische Kulturvereinigung Halle** bittet uns mitzuteilen, daß der Vorverkauf zu der Wiederholung des Dramas: „Die Leute auf Dangaard“ von Martin Andersen Nexö bereits begonnen hat. Vor Beginn und nach Schluß der Vorstellung sowie in den Pausen konzertiert die Musikabteilung. Der geringe Eintrittspreis macht jedem Arbeiter den Besuch der Veranstaltung möglich. Am Freitag, dem 29. September, findet im großen Saale des „Volkspark“ die geplante Wiederholung statt. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind im Vorverkauf für 5 Mk. bei den bekannten Stellen zu haben. An der Abendkasse 7 Mk.

*) **Die „Freie Bühne“, Halle,** veranstaltet im Laufe des Winters in Halle, Wittenberg, Torgau, Eisleben, Weißenfels und Merseburg einen Cyklus von unter sachmännischer Leitung stehenden, die Arbeiterschaft besonders interessierenden Theatervorstellungen. Darunter befinden sich: „Das Fest der Erinnerung“, Der Sohn der Revolution“, „Die Hoffnung auf Segen“, „Der Sklave“. Als Probe bzw. Werbevorstellung wird am Freitag, den 22. September, Darunter befinden sich: „Das Fest der Erinnerung“, „Der Sohn abends pünktlich um 7½ Uhr, im „Volkspark“ das Benedix-Lustspiel „Der Störenfried“ gegeben. Einzelkarten im „Volkspark“, Restaurant.

* **Wochenspielplan des Stadttheaters.** Montag 7½ Uhr „Jedermann“, Dienstag 7½ Uhr „Bohème“, Mittwoch 7 Uhr „Die Walküre“, Donnerstag 7½ Uhr „Jedermann“, Freitag 7½ Uhr Erstaufführung „Bunbury“ (Ernst sein ist alles), Komödie von Oskar Wilde. Sonnabend 7½ Uhr „Der Waffenschmied“, Sonntag 7½ Uhr „Bohème“. — In Vorbereitung: „Bahnmeister Tod“ von Hermann Bahr (Uraufführung) und „Eugen Onegin“. Oper von Tschaikowsky.

Filmnachrichten

* **C.-T.-Lichtspiele, Große Ulrichstraße.** Im Film „Vom Diener zum Herrscher“, der gute Naturaufnahmen aus tropischen Ländern bringt, wird die Hilflosigkeit der herrschenden Klasse gezeigt, wenn sie auf sich selbst angewiesen ist. Die Yacht eines Lords kentert an den Felsen einer unbewohnten Insel. Der Diener wird durch seine praktischen Kenntnisse zum „Herrscher“ dieses „Königreiches“. Seine Königswürde dauert jedoch nur solange, bis die Naturmenschen wider Willen von der Insel zum europäischen „Kulturleben“ zurückkehren. Da heißt es denn wieder: Knecht soll Knecht bleiben. Daß auf einer unbewohnten Südinsel Leoparden und andere Großraubtiere leben, ist eben eine jener Unwahrscheinlichkeiten, denen sich das Kino zur Erzielung von Effekten bedient. Das Lustspiel „Karlchen auf der Wanderschaft“ behandelt den alten Stoff vom reichgewordenen Bettler. Lachstürme entfesselte das amerikanische Lustspiel „Er und die Polizisten“.

* **Im C.-T.-Lichtspieltheater** am Riebeckplatz wird der zweite Teil und Schluß vom „Liebesnest“ gegeben. Er ragt, wie der erste Teil, nicht über das gewöhnliche Kinoniveau hinaus. Der junge Ehemann zieht sich von seiner Frau zurück, als er merkt, daß er nur deshalb an sie verheiratet wurde, weil man die Folgen ihres Abenteuers mit einem Hochstapler vertuschen wollte. Nach manchen dramatischen Zwischenfällen, wo die junge Frau im Begriffe steht, zu straucheln und wo besonders Reinhold Schünzel in der Rolle des Hochstaplers mit glänzender Mimik die Suffisance eines Halbweltverbrechers zum Ausdruck bringt, kommt die Versöhnung, nachdem der Erpresser lebendig verbrannt ist. Der Operettentekstch „Das Rendezvous um Mitternacht“ kommt auch über das übliche Zoten- und Knutschniveau nicht hinaus.

* **Die Walhalla-Lichtspiele** bringen einige gute Naturaufnahmen aus dem Schwarzwalde „Von Partenkirchen nach Mittenwald“; eine Groteske „Kinderuntersuchung“ mit einem seltenen Mitspieler, einem prächtigen, klugen Hunde; und das Drama „Labyrinth des Grauens“, das in der Tat eine grauenvoll tückische Geistesverirrung ist. Solche Filme, wie dieser letzte und solche Film-Damen, wie Lucy Doraine, der außer einer schlanken Figur und einem dummen Gesicht nur ein süßliches oder schnippisches Allerweltslächeln zur Verfügung steht, können einen in gelinde Verzweiflung bringen. Schade, daß bei der Massenkonsumtion der Kinos solche Sachen im Ramsch mitgenommen werden müssen.

Klassenkampf
Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Fernsprecher 106 und 1274

Spende

8. Quittung

7. Quittung	45 397 Mk.	Uebertrag	50 477 Mk
Die Angestellten d. Allg. Ortskrankenkasse	1 900 „	K. Puschky, Halle	50 „
Ortsgruppe Döbernitz	900 „	H. Uhlnemer, Naumburg	50 „
Belegschaft der Firma W. Bode, Baugesch.	220 „	Sticrloh, Halle	50 „
P. Strohjisch, Halle	200 „	Groß, J., Halle	50 „
G. Tempelhof, Halle	100 „	Hertel, Halle	50 „
A. Illgenstein, Halle	100 „	Naumann, Halle	50 „
Bolze, Weißenfels	100 „	K. Busch, Halle	50 „
Ungenannt, Sylbitz	100 „	Dannenberg, Halle	50 „
Fr. Hoffmann, Wettin	100 „	Alfred List, Nieder-Clobicau	50 „
M. Kalisch, Halle	100 „	W. Schmiedel, Halle	50 „
M. Richter, Zwintschöna	100 „	Oswald Ebehardt, Freyburg a. U.	50 „
Bolm, Zwintschöna	100 „	Otto Suppe, Dabrun	45 „
A. Wenzerjahn, Halle	100 „	E. Menzel, Lauchhammer	45 „
K. Siebert, Halle	100 „	Schröder, Halle	30 „
Meier, Halle	100 „	K. Schmidt, Weißenfels	30 „
H. Schleinitz, Eilenburg	100 „	Koch, Halle	25 „
M. Vogel, Böllberg	80 „	Müller, Halle	25 „
Hans Schulze, Weißenfels	60 „	Schwanebeck, Lauchhammer	25 „
G. Hügel, Halle	50 „	R. König, Halle	20 „
Ungenannt, Halle	50 „	Kretschmann, Halle	20 „
Gühne, Halle	50 „	Kühne, Halle	20 „
Ulbricht, Halle	50 „	P. Hänsel, Halle	20 „
Bergmann, Böllberg	50 „	J. Töpfer, Weißenfels	20 „
Wilhelm Seelmann, Halle	50 „	Ungenannt, Halle	20 „
Herm. Seelmann, Halle	60 „	Schön, Halle	15 „
K. Walther, Halle	50 „	M. A. Albig, Halle	10 „
K. Oswald, Halle	50 „	Lehnert, Dieskau	5 „
R. Pirschke, Halle	50 „	Summe	51 402 Mk.
Zu übertragen	50 477 Mk.		

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Urban; für Anzeigen Fritz Krotz. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für Buchdruck Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Rechenfeldstraße 14. Postfach: Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220918-14/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Amateursozialist

23] Roman von Bernhard Shaw

Smilasch hatte ihm sofort versprochen, es am Ende des Jahres so zu verderben, daß es wieder wie früher aussähe. Am Tor hatte er eine Anschlagtafel angebracht mit einer Jaschriti, die er von gedruckten Karten abgeschrieben hatte. Er zeigte diese Karte den Leuten, die sich zufällig mit ihm unterhielten.

Jefferson Smilasch

Maler, Dekorateur, Glaser, Klempner und Gärtner.
Klaviere werden gestimmt. Hausreparaturen aller Art.
Servieren bei Tisch und Bedienung.
Villa Chamounix,
Lypern.

Auskunft gratis.
Kein vernünftiges Angebot wird abgeschlagen.

Das auf diese Weise angekündigte Geschäft, so umfassend es war, blühte doch nicht. Wenn er von Neugierigen nach einem Zeugnis für seine Tüchtigkeit und Achtbarkeit gefragt wurde, verwies er sie sorglos an Fairholme, an Josephs und besonders an Miß Wilson, die, wie er sagte, ihn von seiner frühesten Kindheit her gekannt hatte. Fairholme war froh, wenn er beweisen konnte, daß er kein glattzüngiger Pfaffe war, und erklärte auf jede Anfrage, Smilasch sei der größte Halunke in der ganzen Gegend. Josephs sagte teils aus Wohlwollen, teils aus Furcht, Smilasch möchte einmal etwas gegen ihn wegen Verleumdung unternehmen, er sei jedenfalls ein wirklich billiger Arbeiter, und es würde eine gute Tat sein, wenn man ihm zur Aufmunterung eine kleine Beschäftigung gäbe. Miß Wilson bestätigte Fairholmes Bericht, und der Organist der Kirche, der seit fast einem Vierteljahrhundert alle Klaviere in der ganzen Umgegend einmal im Jahre gestimmt hatte, schwärzte ihn als einen Menschen an, der alles anfange und nichts könne.

Hierauf begannen die Radikalen in Lypern, eine kleine und verrufene Partei, zu verschern, an dem Mann sei nichts Böses, und die Geistlichen und Miß Wilson, die in einem feinen Hause wohnte und nur ganz reiche Mädchen als Pensionärinnen aufnahm, könnten ihre freie Zeit besser ausfüllen, als damit, einem armen Arbeiter das Brot aus dem Mund zu nehmen. Aber da keiner aus dieser Gesellschaft häusliche Reparaturen hatte, machte ihn ihre Unterstützung durchaus nicht reicher, und der einzige Kunde, den er fand, war ein Hausmädchen, das seine Stellung in einem Landhaus in der Umgegend aufgab. Sie wollte ihren Koffer ausgebessert haben, dessen Deckel abgefallen war. Smilasch verlangte eine halbe Krone für den Auftrag, aber auf ihr Zögern hat er sie gleich am Verzeihung und ging auf einen Schilling herunter. Hierfür strich er den Koffer neu an, malte die Anfangsbuchstaben ihres Namens darauf, brachte neue Scharniere, ein Bramahschloß und Messinggriffe an. Er hatte selbst für zehn Schillinge Ausgaben und mehrere Stunden Arbeit. Dem Hausmädchen gefiel die Farbe des Anstrichs nicht, sie ließ ihn die Griffe abnehmen, die sie, wie sie sagte, an einen Sarg erinnerten, und beklagte sich, daß ein Schloß mit solch einem schmalen Schlüssel für einen so schweren Koffer nicht stark genug sein könnte. Schließlich gab sie zu, es sei ihre eigene Schuld, weil sie sich keinen Mann genommen hatte, der etwas von der Sache verstand. Es sprach sich bald rund, er habe daran ein gutes Geschäft gemacht, und da er, wenn man es ihm vorwarf, das noch ausdrücklich bestätigte, so erhielt er weiter keinen Auftrag. Sein Schild diente von jetzt ab nur zur Erheiterung von Spaziergängern und Hirtenjungen, die gerne mit Steinen danach warfen.

Ein starker Sturm blies eines Nachts über Lypern und die jungen Damen im Alton-Institut, die sich meistens vor Blitzen fürchteten, sprachen mit einigem Ernst ihre Gebete. Um halb eins machten Regen, Wind und Donner einen solchen Lärm, daß Agathe und Gertrude sich Halstücher umschlugen und sich nach dem Flurfenster vor Miß Wilsons Arbeitszimmer hinabschlichen, wo sie die Blitze beobachteten, die mit zuckendem Schimmer die Landschaft erhellten. Dabei unterhielten sie sich im Flüstertone darüber, ob es gefährlich sei, nahe am Fenster zu stehen, und ob die messingenen Lüsterstangen auf der Treppe die Blitze anziehen könnten. Agathe, die bei einer einzelnen Gefährtin ebenso ernsthaft und freundlich sein konnte, wie sie in einer größeren Gesellschaft mutwillig und spöttisch wurde, genoß ruhig das Schauspiel. Das Blitzen schreckte sie nicht, da sie wenig von dem Ernst des Lebens wußte und sich etwas darauf einbildete, gleichgültig dagegen zu sein. Sie zuckte zusammen, wenn stärkere Blitzschläge aufzuckten, aber das brachte ihr nur ihren eigenen Mut zum Bewußtsein und ihren Gegenstand zu der ängstlichen Gertrude, die endlich vor einer gespaltenen Zickzacklinie von blauem Licht zurückfuhr und sagte:

„Wir wollen wieder zu Bett gehen, Agatha. Wir sind hier durchaus nicht sicher."

„Grade so sicher wie im Bett, und da können wir nichts sehen. Es das Haus zittert! Ich glaube, der Regen wird gegen die Fenster schlagen, ehe —"

„Still," flüsterte Gertrude und ergriff voll Schrecken ihren Arm. „Was war das?"

„Was?"

„Ich habe bestimmt die Klingel gehört — die Gartenklingel. O, wir wollen wieder zu Bett gehen."

„Unsinn! Wer wird in einer solchen Nacht ausgehen? Vielleicht hat sie der Wind in Bewegung gesetzt."

Sie warteten einige Augenblicke. Gertrude zitterte, und Agatha hatte in der Dunkelheit ein Gefühl, wie es Leute haben, die sich vor Gespenstern fürchten. Dann vermischte sich ein undeutlicher Klang in das Brausen des Windes.

Ein paar scharfe und durchdringende Töne kamen unverkennbar von der Gartenklingel auf dem Vorplatz. Es war eine laute Klingel, die bestimmt war, die Dienstmädchen im Hause anzurufen, wenn das Tor geöffnet werden sollte. Denn das Pförtnerhäuschen war unbewohnt.

„Was in aller Welt kann das sein?" fragte Agathe. Können sie nicht das Törchen finden, die Idioten?

„Hoffentlich nicht! Bitte, komm herauf, Agatha."

„Nein, ich will nicht. Geh nur, wenn du willst." Aber Gertrude fürchtete sich, allein zu gehen. „Es ist am besten, wenn wir Miß Wilson wecken und es ihr sagen," fuhr Agatha fort. „Es ist schrecklich, in solch einer Nacht jemand nicht hereinzulassen."

„Aber wir wissen ja nicht, wer es ist."

„Nun, ich weiß es jedenfalls, daß du keine Angst vor ihnen hast," sagte Agatha, obgleich sie das Gegenteil wußte. Aber sie benutzte die Gelegenheit, Gertrude zu beschämen und zum Schweigen zu bringen.

Sie lauschten wieder. Der Sturm wütete jetzt besonders laut, und sie konnten die Glocke nicht hören. Plötzlich klopfte jemand heftig an die Haustür. Gertrude schrie, und ihr Schrei erhielt aus den oberen Räumen ein Echo. Verschiedene Mädchen hatten auch das Klopfen gehört und waren dadurch so erschreckt worden, als hätten sie Alpträumen. Eine Kerze flackerte auf der Treppe, und man hörte Miß Wilsons Stimme, die beruhigend fest klang.

„Wer ist da?"

„Das bin ich, Miß Wilson, und Gertrude. Wir haben uns das Wetter angesehen, und da klopft jemand an die —" Ein wütendes Hämmern mit dem Türklopfer unterbrach sie. Dann folgte ein Laut, der durch den Sturmwind übertönt wurde, als ob ein Mann etwas riefe.

„Sie sollten lieber nicht die Tür öffnen," sagte Miß Wilson etwas beunruhigend. „Und Sie, Agatha, sind sehr unvernünftig, daß Sie hier stehen. Sie werden sich zu Tod — O Gott! Was kann das sein?"

Sie eilte, gefolgt von Agatha, Gertrude und einigen mutigeren Schülerinnen, auf den Flur hinunter. Ein paar zitternde Dienstmädchen standen neben der Haushälterin, die jammerad durch das Schlüsselloch fragte, wer denn da wäre. Man hörte sie offenbar draußen nicht, denn das Klopfen begann, während sie sprach, von neuem, und sie fuhr zurück, als ob sie einen Schlag gegen den Mund bekommen hätte. Miß Wilson rasselte jetzt mit der Kette und fragte von neuem, wer da wäre.

„Lassen Sie uns ein!" schrie jemand dumpf durch das Schlüsselloch. „Hier ist eine sterbende Frau und drei Kinder. Macht die Tür auf!"

Miß Wilson verlor ihre Geistesgegenwart. Um Zeit zu gewinnen, antwortete sie: „Ich — ich kann nicht verstehen. Was sagten Sie?"

„Verdammt!" rief die Stimme und richtete sich diesmal an jemand, der sich draußen befand. „Sie können uns nicht verstehen." Und das Klopfen begann von neuem und mit verstärkter Heftigkeit. Agatha faßte erregt Miß Wilson an ihrem Morgenkleid und wiederholte ihr, was die Stimme gesagt hatte. Miß Wilson hatte es deutlich genug gehört, und sie fühlte auch irgendwie, daß sie die Türe öffnen müsse, aber sie war fast überwältigt von einer unbestimmten Furcht vor dem Kommenden. Sie begann die Kette abzuhängen, und Agatha half ihr bei dem Aufriegeln. Zwei Dienstmädchen erklärten, sie würden sicher alle in ihren Betten ermordet werden, und liefen davon. Einige von den Schülerinnen schienen geneigt, ihrem Beispiel zu folgen. Bis endlich die freigewordene Tür weit aufflog und Miß Wilson und Agatha zurückwarf. Ein Wirbelwind fuhr in den Hausflur, riß an den Kleidern der Mädchen und blies die Kerzen aus. Agatha sah beim Aufzucken eines Blitzstrahls zwei Männer, die sich an der Türe abmühten, wie Matrosen an einer Ankerwinde. Dann hörte der Wind auf, und sie wußte, daß die Türe geschlossen war. Streichhölzer wurden angezündet, die Kerzen in Brand gesetzt, und man konnte jetzt die Ankömmlinge deutlich erkennen.

Fortsetzung folgt.

Mensch sein

Trotz allem Mensch sein. Mensch bei allem bleiben
und seinen Menschen nicht verkümmern lassen,
wenn selbst die Sterne schon im Dunst verblassen,
geängstigt von dem Spuk, den Menschen treiben.

Mensch sein heißt nicht in Duldsamkeit verweihen.
Mensch sein erlaubt, befiehlt, den Feind zu hassen.
Mensch sein heißt Unrecht bei der Gurgel fassen
und es mit jedem Keim zu Staub zerreiben.

Trotz allem Mensch sein, wär's auch mit dem Messer!
Doch dem, der Menschen tötet, sei verkündet:
Vergossnes Blut fließt durch Gewissensiebe.

War vor der Bluttat deine Seele besser,
so hast du dich am Menschentum versündigt.
Rein bleibt der Mensch, der Blut vergießt aus Liebe.

Erich Mühsam.

Zur Propaganda des Atheismus

Von N. Lenin*)

Schon vor langer Zeit hat Engels den Führern des modernen Proletariats zur Massenverbreitung unter den Volksmassen das Ueberlesen der polemischen atheistischen Literatur vom Ende des 18. Jahrhunderts empfohlen. Zu unserer Schande müssen wir gestehen, daß wir dies bisher noch nicht getan haben. (Einer der zahlreichen Beweise dafür, daß es viel leichter ist, in einer revolutionären Epoche die Macht zu erobern, als sie richtig auszunützen!) Zuweilen wird diese unsere Trägheit, Untätigkeit und Unfähigkeit durch allerhand „erhabene" Gründe gerechtfertigt, so z. B., indem man behauptet, die alte atheistische Literatur des 18. Jahrhunderts sei „veraltet, unwissenschaftlich, naiv" und dergleichen mehr. Es gibt nichts Schlimmeres als dergleichen scheinbar gelehrte Sophismen, die entweder Pedanterie oder eine vollkommene Unkenntnis des Marxismus verhüllen. Gewiß findet sich in den atheistischen Schriften der Revolutionäre des 18. Jahrhunderts mancherlei Unwissenschaftliches und Naives. Niemand verbleiet jedoch den Herausgebern solcher Werke, sie zu kürzen und mit kurzen Nachworten und Hinweisen auf den Fortschritt, den die Menschheit seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in der wissenschaftlichen Religionskritik gemacht hat, ferner mit Hinweisen auf verschiedene neuerschienene Arbeiten usw. versehen. Es wäre einer der größten und schlimmsten Irrtümer, deren ein Marxist sich schuldig machen könnte, zu meinen, die viele Millionen umfassenden Volksmassen (besonders der Bauern und Kleinhandwerker), die die gesamte gegenwärtige Gesellschaft zu Unwissenheit und geistiger Finsternis verdamm: und im Banne von Vorurteilen hält, könnten aus ihrer Ohnmacht nur auf dem direkten Wege einer rein marxistischen Aufklärung herauskommen. Die atheistische Propaganda muß in der allermannigfaltigsten Form unter diese Massen getragen werden. Sie müssen mit Tatsachen der allerverschiedensten Gebiete des menschlichen Daseins bekannt gemacht werden. Zur Weckung ihres Interesses für den Atheismus, zur Verscheuchung ihres religiösen Wahns muß man verstehen, an sie bald auf die eine, bald auf die andere Art heranzutreten, sie von den verschiedensten Seiten her zu packen, unter Anwendung der verschiedensten Methoden aufzurütteln und dergleichen mehr.

Die streitlustige, lebendige, talentvolle, geistreiche und offen das herrschende Pfaffentum attackierende Publizistik der alten Atheisten des 18. Jahrhunderts wird sich zur Erweckung der Menschen aus ihren religiösen Träumen immer von neuem tausendmal geeigneter erweisen als die langweiligen, trockenen, durch keinerlei geschickt gewählte Tatsachen erläuterten marxistischen Wiederholungen, die in unserer Literatur vorwiegen und — machen wir aus unserem Herzen keine Mördergrube — nur allzuhäufig den Marxismus entstellen. Fast alle bedeutenden Werke von Marx und Engels sind von uns übersetzt. Es liegt daher auch nicht der geringste Grund zur Befürchtung vor, es könnte der alte Atheismus und Materialismus uns um die von Marx und Engels gegebenen Verbesserungen bringen. Das Wichtigste — das vergessen gerade unsere vermeintlich marxistischen, in Wirklichkeit aber den Marxismus entstellenden Kommunisten gerade am allerhäufigsten — besteht doch darin, gerade die noch gänzlich unentwickelten Massen für eine bewußte Einstellung den religiösen Fragen gegenüber und eine vorurteilsfreie Religionskritik zu interessieren. (Alles, was Lenin hier sagt, hat auch für Deutschland volle Gültigkeit. Anmerkung der Redaktion.)

*) Aus „Die Kommunistische Internationale" Nr. 21 (Artikel von Lenin „Unter der Fahne des Marxismus"). Karl Hoym Verlag, Hamburg. Bezug durch unsere Bezirksbuchhandlung Halle, Lerchenfeldstraße 14, oder deren Filialen.

Es fuhr ein Bauer ins Holz...

Von G. G. L.

Das ist ein altes fröhliches Lied ... Ich sah als Kind im Thüringerland die Bauern auf ihren großen Leiterwagen, mit Ochsen oder Pferden bespannt, mit grünen Reisern geschmückt, fröhlich singend ins Holz fahren. Sie holten das längst gefällte Winterholz heim, das im Walde gelagert hatte. Daran mußte ich immer denken, wenn ich später das Lied singen hörte. Jetzt kam mir das Lied und mit ihm jene heiteren Holzfuhren in den Sinn. In einer kleinen Landstadt im Waldlande Thüringen. Da sah ich täglich über das holprige Pflaster die Leute ins Holz ziehen ... Es waren keine lustigen Fahrten ... Es waren arme Wägelchen, mühselig geschleppt und gezogen zumeist von Frauen und Kindern. Bergauf — bergab, wer kennt nicht diese unebenen kleinen Gebirgsnester — und weiter über Wiesen, Sumpf, Hohlweg, über Geröll und Wurzeln; stundenweit. Durch Ueberarbeit und schlechte Ernährung ausgemergelte Frauen rackern sich ab, stoßen und zerren mühselig die Wagen durch den Wald. Sie gehen das Winterholz sammeln; denn Holz ist dort nicht immer zu kaufen, und selbst wenn sie es kaufen könnten, würden sie nicht genug Geld haben, es zu bezahlen. Also gehen sie Holz stehlen. Alle gehen Holz stehlen in diesem Sommer, wird mir gesagt, und ich sehe selber, daß es wahr ist ... In der Tasche haben sie den Erlaubnisschein, Reisig zu sammeln. Mit wenig Reisig aber kann man den harten Winter lang nicht den Ofen heizen ... Früher gingen sie zum Förster oder Holzhändler und kauften Holz und holten es sich ab oder es wurde ihnen vors Haus gefahren. Jetzt heißt es: Der Förster gibt keins mehr ab und der Holzhändler hat auch keins mehr zum Verkauf im Kleinhandel.

Ich ging einmal einem Zug von Handwägelchen nach in den Wald. Ich sah nirgends gefälltes Holz liegen und dachte: Wie kommen sie nur zu ihrem Holz? Da sah ich, wie Frauen und Kinder unter unsäglichen Mühen und Anstrengungen mit nicht sehr kräftigen Beilen Baumstämme umhieben, eine Säge hatte niemand, weil keiner sie hätte führen können. Dann mußte der lange Stamm in kürzere Stücke zerhackt werden, um auf den Handwagen geladen werden zu können. Das alles machen Frauen und Kinder; alle sind armselig gekleidet und schlecht genährt; ich weiß nicht, woher sie die Kräfte nehmen, auch dies noch zu tun, zu aller anderen Plackerei und Heimarbeit, die zu Hause liegen bleibt. Am Sonntag und nach Feierabend hilft wohl auch der Mann. Dann schindet sich alles, die ganze Familie, um es im Winter nicht zu kalt zu haben. Warum gibt es dort kein Holz für die armen Leute, dort in der waldreichen Gegend?

Die sonntäglich gekleideten Kinder fragen verwundert, warum denn die armen Leute ins „Holz" gehen.

In der Waldschenke kann man Kaffee trinken, der Kuchen duftet, die keuchenden, schwitzenden Holzsammler gehen vorbei. Die Wirtin steht mißmutig in der Tür. Ich komme mit ihr ins Gespräch. Sie ist ärgerlich, daß die Leute Sonntags ins Holz fahren. Sie könnten das auch nach Feierabend tun ... Die Männer arbeiten ja nur acht Stunden ... da wäre noch Zeit genug. Sie weiß zwar, daß jeder jetzt Holz stehlen muß ... bei den Preisen ... und man bekommt auch keins. Aber am Sonntag? Sonst kommen doch alle zu ihr herein Kaffee trinken. Heute scheint endlich die Sonne, Kaffee und Kuchen warten, und die Leute fahren vorbei, ins Holz, haben keine Zeit! „Warum eigentlich gibt es kein Holz zu kaufen?" frage ich. „Ja", sagt sie, „daß ist so: Die Leute können ruhig stehlen — der frühere Fürst, dem die Wälder noch gehören, will sich wohl die Gunst nicht verscherzen. Der Förster aber will für seinen Herrn möglichst viel Geld herausschlagen, damit er ein hohes Gehalt bekommt. Wenn er das Holz in kleinen Posten verkauft, kann er heute kein Geschäft machen. So gibt er es nur an seine guten Freunde, an die „besseren" Bürger ab und im übrigen veranstaltet er Holzauktionen. Gestern war eine hier bei uns. Das hätten Sie sehen sollen ... Kopf an Kopf, wir konnten es nicht zwingen, lauter wohlhabende Bauern. Die bieten! Da kommen die kleinen Verbraucher gar nicht mit. Im Handumdrehen hatte der Förster 150 000 Mark zusammen, für einen kleinen Posten, fünfzehn Raummeter! Und dann ist da noch der Holzhändler in der Stadt. Der hat es ja nicht mehr nötig, sich mit dem Kleinverkauf abzugeben. Im Krieg ist er reich geworden. Nun verschiebt er unser Holz weiter en gros. Jetzt hat er schon drei Villen gebaut für sich und seine Familie, und sie haben zwei Automobile. Die kleinen Verbraucher, wirklich, es bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu stehlen. Es wird nicht sehr aufgepaßt ... Allzuviel können sie nicht nehmen, das ist zu mühselig und zu Hause wartet die Heimarbeit, warten die kleinen Kinder ... Die Väter der Stadt sehen diese Wägelchen ja täglich einherziehen, ebenauf Reisig unten das gestohlene Holz. Sie sehen, sie können nichts machen gegen diese elementare Selbsthilfe ... Wenn einmal einer ermüdet wird, geht er eben drei Tage ins Loch. Dafür hat man im Winter gegen die ärgste Kälte etwas im Ofen. Kohlen kann doch keiner von den Armen kaufen ... Manchmal nimmt eine Frau ihr kleines Kind mit ins Holz. Ich sah die größere Schwester, blaß und engbrüstig, mit der einen Hand die Holzfuhre, mit der anderen den Kinderwagen schieben. Den steinigen Bergpfad steil hinauf und daheim in der Stadt über spitzige Pflastersteine. Solange, Wägelchen für Wägelchen, bis genügend Vorrat für den Winter vorhanden ist ..."

Es fuhr ein Bauer ins Holz! ...

Paul Krische: Marx und Freud*)

Paul Krische streift in seinem jüngst veröffentlichten Werkchen (39 Seiten) manche Probleme, die in der kommunistischen Literatur bisher kaum oder gar nicht berührt wurden, mit denen unsere Bewegung sich aber auseinanderzusetzen muß, da auch in kommunistischen Kreisen auf psychologischem, religiösem und ethischem Gebiete vielfach Anschauungen lebendig sind, die wohl als demokratisch-kleinbürgerlich, jedoch niemals als kommunistisch bezeichnet werden können. Die hier ins Auge gefaßte Richtung, auf deren Boden im allgemeinen auch Paul Krische steht, ist die von dem Wiener Arzt Siegmund Freud durch seine „psychoanalytische" Forschung begründet. Diese hat in neuester Zeit ihre Arbeit, die philosophisch an Schopenhauer und Eduard v. Hartmann (Philosophie des Unbewußten) anknüpft, auch auf die soziologische Sphäre erweitert. Es ergeben sich aus dem Konflikt zwischen dem sogenannten Triebleben des Menschen und seiner sozialen Stellung und Wirksamkeit Probleme, die vom Standpunkte des gegenwärtigen Klassenkampfes dringend einer Betrachtung unterzogen werden müssen. Andernfalls können sie den weniger geschulten proletarischen Kämpfern zur Gefahr werden, da sie imstande sind, die Geister in individualistischen Gedankengängen stricken. Religion und Ethik sollen namentlich von dem Grunde der Erotik und des (demokratischen) Gemeinschaftsproblems, also nicht vom proletarischen Klassenstandpunkte aus, begriffen werden. Natürlich wird der Verfasser Karl Marx nicht ganz gerecht, doch werden auch die Marxisten seine Schrift mit Interesse lesen und durch sie Anregung erhalten, die hier aufgeworfenen Fragen zu durchdenken.

H. E.

*) Marx und Freud, „Neue Wege in der Weltanschauung und Ethik der Freidenker" von Paul Krische. A. Hoffmanns Verlag, Berlin O, 1922.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220918-14/fragment/page=0006